Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am ..2025 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Abkürzungen unter Vermerk:

B = Begründung ändern oder ergänzen
 L = Legende ändern oder ergänzen
 T = Textliche Festsetzungen/Hinweise ändern
 Z = Zurückweisung einer Argumentation

H = Handlungsbedarf außerhalb des Planwerks
 N = Nicht übernehmen, da andere Belange überwiegen
 U = Umweltbericht ändern oder ergänzen

K = Keine Abwägung erforderlich
 P = Änderung oder Ergänzung der Planzeichnung
 V = Vorschlag bereits im Plan berücksichtigt

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
1. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	– keine Beteiligung –	–	–
2. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen	<p>Stellungnahme vom 24.07.2024</p> <p>Da eine Betroffenheit des Richtfunks durch die Planung unwahrscheinlich ist, erfolgt unsererseits keine weitere Bewertung. Ein möglicher Grund dafür ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Baumaßnahme weist eine geringe Bauhöhe auf. Es handelt sich dabei um einen Bebauungsplan mit einer Bauhöhe von unter 20 Meter oder um eine Solar- bzw. Photovoltaik-Freifläche oder um sonstige Planung mit geringer Bauhöhe, z. B. Flurbereinigung, Gastransportleitung. Eine Richtfunk-Untersuchung zu solchen Planungen ist nicht erforderlich. 2. Die Bauhöhe ist unbekannt oder bleibt unverändert. 3. Flächennutzungspläne, Regionalpläne, Raumordnungspläne oder Entwicklungsprogramme sind planungsrechtliche Maßnahmen, die sich in einem früheren Planungsstadium befinden. Im nachgelagerten Verfahren wird konkrete Baumaßnahme erneut angefragt. <p>Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass die Bundesnetzagentur im Bereich Funkbetroffenheit keine Stellungnahme im Sinne des § 4 Abs. 2 BauGB abgibt. Der Aufgabenbereich der Bundesnetzagentur im Bereich</p>	<p>Betroffenheit des Richtfunks aufgrund der geringen Bauhöhe des Vorhabens unwahrscheinlich. Keine Aussagen zum Bereich Funkbetroffenheit. Durch die u.s. Fachreferate ist keine Äußerung zu der Planung erfolgt.</p>	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>der Frequenzverwaltung ergibt sich aus den Vorschriften des Teils 6 des Telekommunikationsgesetzes („Frequenzordnung“). Die danach gemäß § 88 TKG bestehende Aufgabe der Bundesnetzagentur zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung bezieht sich auf die physikalischen Auswirkungen von verschiedenen Frequenznutzungen untereinander, jedoch nicht auf Beeinträchtigungen von Frequenznutzungen durch Bauwerke. Letztere sind keine Funkstörungen im Sinne des Telekommunikationsgesetzes. Sofern also die Bundesnetzagentur Informationen über Frequenzteilungsnehmer im zu beplanenden Bereich übermittelt, geschieht dies nicht in Ausfüllung ihres eigenen Aufgabenbereichs, sondern im Rahmen von Amtshilfe nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 VwVfG. Nach § 5 Abs. 3 Nr. 2 VwVfG.</p> <p>Wir leiten Ihre Anfrage aber in jedem Fall an die zuständigen Stellen bei uns im Hause weiter. Bitte richten Sie Anfragen zu oben genannten Planungen ab sofort an die Fachstellen:</p> <p>- Ausbau der Elektrizitäts-Übertragungsnetze; Bundesnetzagentur, Referat 814, Postfach 80 01, 53105 Bonn; E-Mail-Adresse: verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de;</p> <p>- Prüf- und Messdienst; Bundesnetzagentur, Referat 511, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz; E-Mail-Adresse: PMD-BauLp@BNetzA.de. Bei Betroffenheit erhalten Sie von den Fachreferaten eine gesonderte Stellungnahme.</p>		
3. Primagas	– keine Beteiligung –	–	–
4. Saferay Operations GmbH	– keine Beteiligung –	–	–
5. DNS:NET Internet Services GmbH	– keine Beteiligung –	–	–

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am ..2025 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
6. Tyczka Energy GmbH	– keine Beteiligung –	–	–
7. Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)	– keine Beteiligung –	–	–
8. Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg Referat GL 5	<p>Stellungnahme vom 18.07.2024</p> <p>wie in unserer Stellungnahme vom 02.05.2023 mitgeteilt, stehen Ziele der Raumordnung dem o. g. Vorhaben (BP Reg.-Nr. 0331/2023; FNP Reg.-Nr. 0428/2000) nicht entgegen.</p>	Ziele der Raumordnung stehen der Planung nicht entgegen.	K
9. Regionale Planungsgemeinschaft „Prignitz-Oberhavel“	<p>Stellungnahme vom 24.07.2024</p> <p>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659) - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 21. November 2018 - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020 (ABl. S. 1321) <p>Die Vorentwürfe des Bebauungsplans „Solarpark Brunn“ und der 12. FNP-Änderung sind mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel nicht vereinbar.</p>		

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am . 2025 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Begründung: Der vorliegende Bebauungsplan „Solarpark Brunn“ hat die städtebauliche Entwicklung eines ca. 51,6 ha großen Gebietes in der Gemarkung Brunn der Gemeinde Wusterhausen/Dosse als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Freiflächenanlage“, Grünfläche sowie Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft zum Inhalt. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf zwei Teilungsbereichen geschaffen werden. Das Plangebiet ist zurzeit im Flächennutzungsplan der Gemeinde Wusterhausen/Dosse als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Die 12. Änderung des Flächennutzungsplans befindet sich derzeit ebenfalls in der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und ist mit dem Bebauungsplan Gegenstand dieser Stellungnahme. Die 12. FNP-Änderung stellt die zwei Flächen zukünftig als Sonderbauflächen mit der Zweckbestimmung „Solar“ dar.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich innerhalb des Vorbehaltsgebietes „Historisch bedeutsame Kulturlandschaft“ Nr. 6 „Kyritzer Seenrinne - Mittleres Dosse-Jäglitztal“. Mit der Darstellung in der Festlegungskarte verbindet die Regionalplanung den Grundsatz, dass die Vorbehaltsgebiete aufgrund ihrer wertvollen Landschaftsstrukturen und besonderen kulturhistorischen Bedeutung den zusammenhängenden Charakter des Gebietes als Kulturlandschaft prägen. Sie sollen vor einer raumbedeutsamen Inanspruchnahme geschützt werden, welche die bestehenden Qualitäten der Landschaft entwerten oder stark überprägen könnte (vgl. teil II 2.1 (G) ReP FW).</p> <p>Zu den Nutzungskonflikten gehören in der Regel insbesondere Maßnahmen und Vorhaben wie die Errichtung großflächiger und raumbedeutsamer baulicher Anlagen im Außenbereich ab 10 ha. Bei der geplanten Solaranlage handelt es sich aufgrund ihrer beabsichtigten Flächengröße von ca. 51,6 ha um eine bauliche Anlage, die den Charakter einer „Historisch bedeutsamen Kulturlandschaft“ erheblich beeinträchtigen könnte.</p> <p>Die nächstgelegene Ortslage Brunn ist charakterisiert als „Ort mit erleb- baren Bezügen zur Landschaft“. Wertbestimmend sind in dieser Hinsicht die vom denkmalgeschützten Gutsarkensembles ausgehenden Sichtachsen in die umgebende Landschaft sowie die Einbindung der Ortslage in</p>	<p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mittlerweile eingestellt, laut Aussage der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel "aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen". "Im Zuge dessen finden auch die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften keine weitere Anwendung mehr und sollen im Rahmen eines integrierten Regionalplans überarbeitet werden".</p> <p>Die Gemeinde war sich beim Aufstellungsbeschluss bewusst darüber, dass sich das Plangebiet bei Planungsbeginn in der Historisch bedeutsamen Kulturlandschaft „Kyritzer Seenrinne – Mittleres Dosse-Jäglitztal“ befand. Der Gemeinde war aber auch bewusst, dass es ein von der Bundesregierung formuliertes hohes öffentliches Interesse daran gibt, möglichst kurzfristig die Nutzung von Solar- und Windenergie auszubauen, um aus der Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen auszusteigen. Die Bundesregierung hat das Aktionsprogramm „Klimaschutzplan 2050“ aufgestellt. Um einen substantiellen Beitrag zur Energiewende in Deutschland zu leisten, soll der Anteil an Erneuerbaren Energien deutlich zunehmen. Die zusätzliche Wertschöpfung soll möglichst an vielen dezentralen Orten realisiert werden. Das Vorhaben der PV-Freiflächenanlage entspricht daher den Grundsätzen der Bundesregierung und den Grundsätzen der Landesregierung Brandenburg. Weiterhin hilft die Anlage der Konsolidierung des gemeindlichen Haushaltes, da nach Inbetriebnahme der Anlage mit jährlichen Einnahmen aus dem Solareuro (gemäß des Photovoltaik-Freiflächenanlagen-Abgabengesetzes (BbgPVA-bggG) zu rechnen ist. Weiterhin liegen die Errichtung und der Betrieb von erneuerbaren Energieanlagen sowie die dazugehörigen Nebenanlagen nach § 2 Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse. Bis die Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Belange der erneuerbaren Energien auch bei der Abwägung der unterschiedlichen Schutzgüter vorrangig beachtet werden. Und um das Ziel einer nahezu treibhausgasneutralen Energieerzeugung möglichst zügig zu erreichen, ist es erforderlich, auf großen zusammenhängenden Freiflächen (wo auch die Eigentümer bereit sind diese Flächen zur Verfügung zu stellen) kompakte PV-Freiflächenanlagen zu errichten.</p>	<p>Z</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>die umgebende Landschaft mit landschaftsbildprägenden Baumalleen. Die geplante PV-Anlage führt zu einer nicht raumverträglichen Beeinträchtigung der historisch bedeutsamen Kulturlandschaft. Vor diesem Hintergrund ist der Bebauungsplan mit dem regionalplanerischen Erfordernis nicht vereinbar.</p> <p>Hinweise! Von den <u>regionalplanerischen Zielen</u> gehen eine <u>Anpassungspflicht</u> gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</p>	<p>In der Abwägung dieser unterschiedlichen Belange zum Erhalt der ehemaligen Festlegung als historische Kulturlandschaft und einem gesamtgesellschaftlichen Beitrag zu Energieerzeugung durch eine konzentrierte Nutzung der Sonnenenergie hat sich die Gemeinde für die regenerative Energieerzeugung entschieden. Für die Abwägung ausschlaggebend war auch der Umstand, dass die späteren PV-Anlagen gerade durch die Vielzahl an vorhandenen Gehölzstrukturen unterschiedlichster Formen relativ gut abgeschirmt würden. Weiterhin leisten die zahlreichen zusätzlichen Hecken und Ergänzungspflanzungen in Lücken einen Beitrag zur weiteren Strukturierung der Landschaft. Jeweils zwei Wildkorridore in jedem Teilungsbereich/jeder Änderungsfläche sorgen ebenfalls für eine Unterbrechung der PV-FFA</p> <p>Diese grünen Flächen mit zusammen 6,1 ha innerhalb der Änderungsflächen werden nicht in die Einzäunungen der PV-Anlage einbezogen, sodass sie für Tiere und Menschen weiterhin ungehindert benutzbar sind. Gleichzeitig werden die einzelnen Modulfelder für Nutzer direkt oder unmittelbar angrenzender Wege an den meisten Stellen der Wegeverbindung nicht zu sehen sein. Die Gemeinde ist daher der Auffassung, dass sich die Störung dieser kleingliedrigen historischen Kulturlandschaft auf einen kleinstmöglichen Eingriff reduziert.</p> <p>Aufgrund der eingehaltenen Abstände zu den Ortsrändern von Brunn und Trieplatz sind aus Sicht der Gemeinde weder die Ortslagen, noch der Bezug der besiedelten Ortslagen zu der direkt angrenzenden offenen Landschaft, hier die ackerbaulich genutzte landwirtschaftliche Fläche gestört.</p> <p>Im Ergebnis dieser vorgenommenen Abwägung ist die Gemeinde der Auffassung, dass keine erhebliche Beeinträchtigung des Charakters der kulturhistorisch bedeutsamen Landschaft zu erwarten ist.</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.</p> <p>Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p> <p>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsforgang. Insbesondere bitten wir um Zusage des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.</p>	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft wird in der formellen Beteiligungsrunde nach § 4 Abs. 2 BauGB erneut beteiligt. Den Beteiligungsunterlagen wird auch das Ergebnis der Zwischenabwägung durch die Gemeinde vorliegen.</p>	<p>H</p>
<p>10. Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV)</p>	<p>Stellungnahme vom 23.07.2024</p> <p>den vom Planungsbüro Plankontor Stadt und Land GmbH eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planverfahren“ Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015) geprüft.</p>	<p>Keine Bedenken, keine Betroffenheit, keine Hinweise gegenüber der Planung. Kenntnisnahme</p>	<p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am . **2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Gegen die vorliegende 12. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich OT Brunn der Gemeinde Wusterhausen/Dosse bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, übriger ÖPNV und Luftfahrt keine Bedenken.</p> <p>Anlagen der Eisenbahn sowie schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.</p> <p>Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung werden von Seiten der Landesverkehrsplanung keine Anforderungen erhoben, auch liegen keine planungs- und umweltrelevanten Informationen vor, die zur Verfügung gestellt werden können.</p> <p>Für die Verkehrsbereiche übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.</p> <p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p>		
<p>11. Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB)</p>	<p>– keine Beteiligung –</p>	<p>–</p>	<p>–</p>
<p>12. Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg (LS) Region West</p>	<p>Stellungnahme vom 16.07.2024</p> <p>mit Bezugsschreiben vom 25.06.2024 informieren Sie über die Änderungen des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wusterhausen/Dosse.</p> <p>Ziel und Inhalt des Bebauungsplanes ist die Ausweisung von Sondergebietsflächen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen.</p>	<p>Keine Belange durch die Planung berührt. Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am . **2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	Der Geltungsbereich des ausgewiesenen Planungsgebietes befindet sich außerhalb der für den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Kyritz zu vertretenden Belange.		
13. Ministerium der Finanzen und für Europa (MdFE)	– keine Beteiligung –	–	–
14. Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen	Stellungnahme vom 24.07.2024 Allgemeine Angaben: [x] Keine Einwände	Keine Einwände gegenüber der Planung. Kenntnisnahme.	K
15. Brandenburgische Boden GmbH	Stellungnahme vom 15.07.2024 Angrenzend am beplanten Gebiet befindet sich das Flurstück 88 der Flur 4 in der Gemarkung Brunn. Das Flurstück befindet sich im Eigentum des Landes Brandenburg und wird durch die Brandenburgische Boden GmbH im Auftrag des Landes Brandenburg verwaltet. Die Vollmacht des Landes Brandenburg ist diesem Schreiben beigelegt. Bei dem Flurstück 88 handelt es sich um Waldfläche. Das Flurstück ist nicht verpachtet.	Kenntnisnahme. Das Flurstück 88 wird durch die Planung nicht berührt. Laut Liegenschaftskataster und Luftbildaufnahme handelt es sich aber nicht um eine Waldfläche, sondern um eine landwirtschaftliche Nutzfläche, die derzeit auch bewirtschaftet wird.	K
16. Polizeipräsidium Potsdam Polizeidirektion Nord	– keine Beteiligung –	–	–
17. Zentraldienst der Polizei Kampfmittelbeseitigungsdienst	Stellungnahme vom 02.07.2024 zur Beplanung des o. g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände.	Keine grundsätzlichen Einwände gegen die Planung. Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.</p> <p>Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.</p> <p>Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung möglich. Weitere Hinweise hierzu finden Sie unter nachfolgendem Link: Link: https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Merkblatt%20Freistellung.pdf</p>	<p>Kenntnisnahme. Die Hinweise betreffen nicht die vorbereitende Bauleitplanung und bleiben unberücksichtigt.</p> <p>Kenntnisnahme Die Hinweise betreffen nicht die Bauleitplanung und bleiben unberücksichtigt.</p>	<p>K</p> <p>K</p>
<p>18. Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit Regionalbereich West</p>	<p>Stellungnahme vom 12.07.2024</p> <p>Die Gemeinde Wusterhausen/Dosse hat für 2 Bereiche östlich der Ortslage Brunn den Bebauungsplan „Solarpark Brunn“ aufgestellt. Es erfolgt die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes mit besonderer Zweckbestimmung „Photovoltaik-Freiflächenanlage“. Im Parallelverfahren erfolgt die 12. Änderung des Flächennutzungsplanes.</p> <p>Aus Sicht des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG), Dezernat V4 - Strahlenschutz ist zu prüfen, ob durch die Aufstellung des Bebauungsplanes die Bestimmungen der 26.BImSchV - Verordnung über elektromagnetische Felder - bei der Errichtung bzw. Änderung niederfrequenter Anlagen eingehalten werden.</p> <p>Gemäß der Begründung zum Bebauungsplan bzw. zur Flächennutzungsplanänderung ist die Einspeisung des erzeugten Solarstroms in das vorhandene Leitungsnetz noch mit dem Netzbetreiber abzustimmen. werden. Eine Verortung ist demnach noch nicht erfolgt.</p> <p>Des Weiteren sind die Errichtung von Erdkabeln und Trafostationen innerhalb Plangebietes vorgesehen.</p>	<p>Kenntnisnahme. Die Hinweise betreffen nicht die vorbereitende Bauleitplanung und bleiben unberücksichtigt.</p>	<p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Trafostationen, sowie das Erdkabel, welches für den Anschluss an das Versorgungsnetz von außen in das Plan-Gebiet hinein verlegt wird, sind Anlagen, die nach der 26.BlmSchV zu betrachten sind. Für die geplanten niederfrequenten Anlagen innerhalb der überbaubaren Fläche sind keine weiteren Forderungen bzgl. der 26. BlmSchV zu treffen.</p> <p>Gemäß dem § 3 der 26. BlmSchV wird bei Niederfrequenzanlagen für Orte, die zum <u>nicht nur</u> vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, die Einhaltung der Grenzwerte gefordert (bei Trafostationen und Mittelspannungskabel sind diese ab 1 m Abstand sicher eingehalten). Des Weiteren ist im § 4 Abs. 2 der 26. BlmSchV ein Minimierungsgebot für die von Niederfrequenzanlagen ausgehenden elektrischen und magnetischen Feldern formuliert. Das Nähere hierzu ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (26.BlmSchVVwV) vom 26.02.2016 geregelt.</p> <p>Das Minimierungsgebot ist anzuwenden, wenn maßgebliche Minimierungsorte sich im definierten Einwirkungsbereich von 10 m für Trafostationen, von 10 m für Erdkabel < 50 kV, von 25 m für Kabel ≥ 50 kV<110 kV, von 50 m zu einer eventuell notwendigen Umspann- und Schaltanlage mit ≥ 110 kV Nennspannung befinden. Die Minimierungsprüfung hat dann anlassbezogen im nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu erfolgen.</p>		
<p>19. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg (MWAE)</p>	<p>– keine Beteiligung –</p>	<p>–</p>	<p>–</p>
<p>20. Landesamt Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR)</p>	<p>Stellungnahme vom 16.07.2024</p> <p>Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung</p> <p>1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der</p>	<p>Keine Betroffenheit durch die Planung. Kenntnisnahme</p>	<p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am . **2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können: Keine.</p> <p>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands: Keine.</p> <p>3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:</p> <p>Geologie:</p> <p>Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.</p> <p>Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeoldG)).</p>	Kenntnisnahme	K
21. Handwerkskammer Potsdam	– keine Beteiligung –	–	–
22. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)	– keine Beteiligung –	–	–
23. Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Eberswalde	– keine Beteiligung –	–	–

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **..2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
<p>24. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM)</p>	<p>Stellungnahme vom 04.07.2024</p> <p>im Bereich des o. g. Vorhabens ist derzeit ein Bodendenkmal im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff)§§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert (siehe Anlage).</p> <p>BD i. B. 100948 Brunn 9 Siedlung Ur- und Frühgeschichte</p> <p>Laut Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (VV EED) vom 20. Juli 2023 (Amtsbl. 32 v. 16.08.2023) ist die Standortwahl für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) in erster Linie so zu treffen, dass möglichst wenig Bodendenkmalsubstanz durch die Errichtung der Anlage zerstört wird. Nach Möglichkeit soll eine Fundamentierung der Photovoltaikmodule ohne Bodeneingriff (z. B. auf Schwellbalkenkonstruktionen) erfolgen.</p> <p><u>Auflagen im Bereich von Bodendenkmalen:</u> Bodendenkmale sind nach BbgDSchG §§ 1 (1), 2 (1)-(3), 7 (1) im öffentlichen Interesse und als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg geschützt. Sie dürfen bei Bau- und Erdarbeiten ohne vorherige denkmalschutzbehördliche Erlaubnis bzw. Erlaubnis durch Planfeststellung oder bauordnungsrechtliche Genehmigung und - im Falle erteilter Erlaubnis - ohne vorherige fachgerechte Bergung und Dokumentation nicht verändert bzw. zerstört werden (BbgDSchG §§ 7 <3>, 9 und 11 <3>). Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbehörde zu dokumentieren (BbgDSchG § 9 <3>). Für die fachgerechte Bergung und Dokumentation von betroffenen Bodendenkmalen ist nach BbgDSchG §§ 7 (3) und 11 (3) die/der Veranlasser/in kostenpflichtig. Zuwiderhandlungen können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden (BbgDSchG § 26 <4>).</p> <p>In mehreren Abschnitten des Vorhabenbereichs besteht zudem aufgrund fachlicher Kriterien die begründete Vermutung, dass hier bislang</p>	<p>Das Bodendenkmal wird in die Planunterlagen aufgenommen. Auf der B-Plan-Ebene erfolgen Festsetzungen zum Schutz des Bodendenkmals.</p> <p>Kenntrnisnahme. Die Auflagen sind auf der FNP-Ebene nicht relevant und werden deshalb nur auf der B-Plan-Ebene berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis zu den vermuteten Bodendenkmalen wird in die Begründung aufgenommen und die Vermutungsflächen in der Planzeichnung</p>	<p>P, T, B, U, H</p> <p>K</p> <p>P, L, B</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind (siehe Anlage).</p> <p>Die Vermutung gründet sich u. a. auf folgende Punkte: 1.) Bei den ausgewiesenen Bereichen handelt es sich um Areale, die in der Prähistorie siedlungsgünstige naturräumliche Bedingungen aufwiesen, da sie ehemals in Niederungs- bzw. Gewässernähe an der Grenze unterschiedlicher ökologischer Systeme lagen. Nach den Erkenntnissen der Urgeschichtsforschung in Brandenburg sind derartige Areale aufgrund der begrenzten Anzahl siedlungsgünstiger Flächen in einer Siedlungskammer als Zwangspunkte für die prähistorische Besiedlung anzusehen. 2.) Die ausgewiesenen Flächen entsprechen in ihrer Topographie derjenigen bekannter Fundstellen in der näheren Umgebung.</p> <p><u>Auflagen im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen (siehe Anlage):</u> Die Termine der Erdarbeiten in den ausgewiesenen Bodendenkmalvermutungsbereichen sind daher sowohl der zuständigen Unteren Denkmal-schutzbehörde als auch dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Referat Großvorhaben, zwei Wochen im Voraus mitzuteilen.</p> <p>Sollten während der Bauausführung bei Erdarbeiten - auch außerhalb der als Bodendenkmalvermutungsbereich gekennzeichneten Flächen - Bodendenkmale (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) entdeckt werden, sind diese unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmal-schutzbehörde <u>und</u> dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (BbgDSchG § 11 <1> und <2>). Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren</p>	<p>dargestellt.</p>	

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgD-SchG § 11 <4>).</p> <p>Werden in den ausgewiesenen Vermutungsbereichen und darüber hinaus archäologische Dokumentationen notwendig, so hat die/der Träger/in des Vorhabens nach Maßgabe der §§ 7 (3), 9 (3)-(4) und 11 (3) BbgD-SchG sowohl die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen als auch die Dokumentation sicherzustellen.</p> <p>Empfehlung im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen: Um Bauverzögerungen zu vermeiden und bereits frühzeitige Planungssicherheit zu erhalten, ist für Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, die Einholung eines archäologischen Fachgutachtens durch die/den Vorhabenträger/in empfohlen, sofern in diesen Bereichen Bodeneingriffe geplant sind (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). In dem Gutachten ist mittels einer Prospektion zu klären, inwieweit Bodendenkmalstrukturen von den Baumaßnahmen im ausgewiesenen Vermutungsbereich betroffen sind und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden.</p> <p>Bei einer bauvorbereitenden archäologischen Prospektion handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme: In den ausgewiesenen Bereichen mit begründet vermuteten Bodendenkmalen werden in einem Abstand von 25 m Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gern. BbgD-SchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Bei einem Negativbefund kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden. In Abhängigkeit von den technischen Voraussetzungen kann das Gutachten ggf. auch baubegleitend erstellt werden.</p> <p>Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z. B. Bau- und Materiallager und u. U. auch Arbeitsstraßen), dürfen nicht</p>		

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>im Bereich von bekannten oder vermuteten Bodendenkmalen eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o. ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört. Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte unversiegelte Flächen und Wege außerhalb bekannter oder vermuteter Bodendenkmale anzulegen, so werden bauvorbereitende kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.</p> <p>Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.</p> <p>Die Planunterlagen (Entwürfe vom Mai/Juni 2024) sind entsprechend der hier vorgetragenen Belange der Bodendenkmalpflege zu ergänzen bzw. zu korrigieren.</p> <p>Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, dass nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BgbDSchG § 9 genehmigungspflichtig.</p> <p>Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen: Dr. Julia Braungart, E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de</p> <p>Hinweis: Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben. Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).</p>		

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Haus gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.		
25. Deutscher Wetterdienst Niederlassung Potsdam	– keine Beteiligung –	–	–
26. Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	– keine Beteiligung –	–	–
27. Landeseisen- bahnaufsicht Bran- denburg	– keine Beteiligung –	–	–
28. Bundesanstalt für Immobilienauf- gaben Direktion Potsdam	– keine Beteiligung –	–	–
29. Landesamt für Ländliche Entwick- lung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF)	<p>Stellungnahme vom 08.07.2024</p> <p>Das Planungsgebiet ist weder von punktuellen Bodenordnungsmaßnahmen nach § 64 LwAnpG noch von großflächigen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz betroffen.</p> <p>Es liegen auch keine entsprechenden Anträge vor.</p>	Keine Betroffenheit durch die Planung. Kenntnisnahme	K
30. Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klima- schutz (MLUK)	– keine Beteiligung –	–	–

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p><u>3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</u> <i>a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen</i> --- <i>b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:</i> ---</p> <p><u>4. Weitergehende Hinweise</u> <i>Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan betreffen können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens</i> ---</p> <p><i>Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</i></p> <p>1. Sachstand Die geplante 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wusterhausen/Dosse wird im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans „Solarpark Brunn“ erforderlich, damit sich dieser aus dem Flächennutzungsplan entwickeln kann. Bisher erfolgt die Flächendarstellung als überwiegend landwirtschaftliche Fläche. Die 12. Änderung umfasst die Änderungsfläche 1 (Nord) und die Änderungsfläche 2 (Süd). Die künftige Flächendarstellung erfolgt überwiegend als Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Solar“. Die Aufstellung der 12. Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt parallel zur Aufstellung des Bebauungsplans „Solarpark Brunn“.</p> <p>Die Änderungsflächen befinden sich westlich der OL Brunn. Die Änderungsfläche 1 (Nord) hat eine Größe von 29,0 ha und die Änderungsfläche 2 (Süd) hat eine Größe von 22,4 ha.</p> <p>2. Stellungnahme Der Vorentwurf zur 12. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Wusterhausen/Dosse wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 BImSchG¹ i. V. m. § 1 Abs. 5 und 6 Nr. 1 BauGB² geprüft. Danach sollen Flächen unterschiedlicher Nutzung einander so</p>	<p>und der Entfernung zur nächsten Wohnbebauung keine Beeinträchtigungen der Schutzgüter zu erwarten sind.</p> <p>Keine eigenen Planungen oder geplante Maßnahmen in den Änderungsflächen. Kenntnisnahme</p>	<p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>zugeordnet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) auf schutzwürdige Nutzungen weitgehend vermieden und neue Konfliktlagen ausgeschlossen werden.</p> <p>Im Vorentwurf zur Begründung (Stand Mai 2024) sowie im Umweltbericht fehlen bisher Aussagen zum Immissionsschutz, hier zu den Umwelteinwirkungen der geplanten Änderungen auf die Schutzgüter Mensch und menschliche Gesundheit sowie Klima und Luft. Hier ist eine Ergänzung im weiteren Planverfahren erforderlich.</p> <p>Da von der geplanten PV-Freiflächenanlage bei üblicher Nutzung Emissionen (Lärm, Blendwirkung) ausgehen, die geeignet sind, in angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten zu führen, sind im parallel geführten Verfahren zum Bebauungsplan „Solarpark Brunn“ mögliche Umwelteinwirkungen auf die für den Immissionsschutz relevanten Schutzgüter sowie mögliche Konfliktlagen konkret darzustellen und zu bewerten.</p> <p>Schutzanspruch Da sich innerhalb der Änderungsflächen 1 und 2 keine schutzwürdige Bebauung im Sinne des BImSchG befindet, entfällt ein Schutzanspruch hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes.</p> <p>In einem relevanten Abstand zum Plangebiet befinden sich keine mir bekannten Anlagen, welche der 12. BImSchV³ unterliegen. Weitergehende Angaben zu den Belangen des Störfalls sind somit nicht erforderlich.</p> <p>3. Fazit</p>	<p>Da sich in der unmittelbaren Umgebung der beiden Änderungsflächen keine schutzwürdige Bebauung (Wohnen) befindet, sondern erst in 400 bis 700 m Entfernung mit den Ortslagen Brunn und Triefplatz, wird mit keinen Immissionen an diesen Orten (Blendung, Geräusche) gerechnet. Zudem werden die Solarparks auch durch bestehende Gehölze sowie die geplanten Heckenpflanzungen abgeschirmt. In der Begründung wird unter Kapitel 11 "Sonstige öffentliche Belange" ein Unterkapitel "Immissionsschutz" eingefügt mit dem dargestellten Sachverhalt. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch/menschliche Gesundheit durch den Bau einer PV-Freiflächenanlage gering sind, da weder Schadstoffe noch Schallemissionen in relevanten Mengen auftreten. Auch für das Schutzgut Klima/Luft lassen sich durch das Vorhaben keine erheblichen negativen Auswirkungen erkennen. Die Schutzgüter werden vollumfänglich im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung betrachtet.</p> <p>Der Hinweis wird im parallelen B-Planverfahren berücksichtigt.</p> <p>Kein Schutzanspruch aufgrund fehlender schutzwürdiger Bebauung. Kenntnisnahme</p>	<p>B, U</p> <p>H</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Die Unterlagen sind um Aussagen zu möglichen Umwelteinwirkungen der geplanten Änderungen auf die Schutzgüter Mensch/menschliche Gesundheit sowie Klima/Luft zu ergänzen. Das LfU, Abteilung Technischer Umweltschutz 2, ist in das weitere Planverfahren einzubeziehen.</p> <p>Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine unüberwindlichen Hindernisse für die Änderung des FNP in Bezug auf die Belange des Immissionsschutzes zu erkennen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit.</p> <p>¹ Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) ² BauGB - Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist ³ Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung - 12. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2017 (BGBl. I S. 483), zuletzt geändert durch Artikel 107 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)</p>	<p>In der verbindlichen Bauleitplanung werden die Umweltauswirkungen der geplanten Änderungen auf die Schutzgüter Mensch/menschliche Gesundheit sowie Klima/Luft vollumfänglich betrachtet. Das LfU wird am weiteren Verfahren beteiligt.</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>U</p> <p>K</p>
Wasserwirtschaft	<p><u>1. Einwendungen</u> <i>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können</i></p> <p>a) <i>Einwendung</i> ---</p> <p>b) <i>Rechtsgrundlage</i> ---</p> <p>c) <i>Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)</i> ---</p>	Keine Einwendungen zur Planung. Kenntnisnahme	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am . **2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Die Pflicht der Unterhaltung von Gewässern II. Ordnung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.</p>	<p>Der Wasser- und Bodenverband "Dosse-Jäglitz" wurde beteiligt und hat eine Stellungnahme abgegeben.</p>	<p>V</p>
<p>32. Landesbetrieb Forst Brandenburg Oberförsterei Neustadt/Dosse</p>	<p>Stellungnahme vom 25.07.2024</p> <p>die zu o. g. Betreff auf der Homepage der Gemeinde Wusterhausen (Dosse) unter „Verwaltung“ in der Rubrik „Bauleitplanung“ veröffentlichten Unterlagen wurden geprüft:</p> <p>Gemäß vorliegendem Stand der eingesehenen Unterlagen sind durch die beiden Verfahren der Bauleitplanung zum Vorentwurf des B-Planes „Solarpark Brunn“ i. V. m. dem Vorentwurf zur „12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wusterhausen“ voraussichtlich keine Waldflächen betroffen und somit forstliche Belange nicht berührt.</p> <p>Es ergeht der forstaufsichtliche Hinweis, dass die jeweils an die Plangebiete angrenzenden Waldflächen durch den geplanten Solarparkbau nicht beansprucht und/oder beschädigt werden dürfen. Bei Beachtung dieses Hinweises kann den vorliegenden Entwürfen der Bauleitplanung der Gemeinde Wusterhausen (Dosse) zum Flächennutzungsplan (12. Änderung) sowie zum Bebauungsplan „Solarpark Brunn“ im Ortsteil Brunn“ von Seiten des Forstamtes Ostprignitz-Ruppin als untere Forstbehörde zugestimmt werden.</p> <p><u>Hinweis:</u> Die Oberförstereien des Landesbetriebes Forst Brandenburg (untere Forstbehörde) sind zum 31.12.2023 aufgelöst worden. Aus diesem Grunde werden Sie hiermit gebeten, die Behördenbeteiligung zukünftig postalisch ausschließlich unter Verwendung der neuen Postanschrift des Forstamtes Ostprignitz-Ruppin, Karnzow Nr. 4, 16866 Kyritz bzw. unter Verwendung des E-Mail-Accountes des Forstamtes Ostprignitz-Ruppin unter foa.ostprignitz-ruppin@lfb.brandenburg.de sicherzustellen.</p>	<p>Keine forstlichen Belange berührt, Zustimmung zur Planung. Der Hinweis, dass die angrenzenden Waldflächen durch Bau und Betrieb der PV-Anlagen nicht beansprucht und/oder beschädigt werden dürfen, wird in die Begründung zur parallelen Aufstellung des B-Plans aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>H</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
<p>33. Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände</p>	<p>Stellungnahme vom 26.07.2024</p> <p>Es ist vorgesehen, ein Sondergebiet für Flächensolaranlagen festzusetzen. Die beiden Teilgebiete sollen eine Fläche von insgesamt 51,6 ha einnehmen. Das ist aus unserer Sicht gerade noch vertretbar. Allerdings sind für die Eingriffe in Natur und Landschaft umfangreiche Kompensationsmaßnahmen erforderlich. Im Moment wird das Plangebiet durch Ackerland eingenommen, das mit Getreide bestanden ist. Da es sich zum großen Teil um eine „rote Zone“ handelt, kann die Verwirklichung des Bebauungsplans ein Beitrag zur Reduzierung der Nitratbelastung sein.</p> <p>Dafür bieten sich die Randbereiche an, da eine Verschattung der Solarpaneele durch benachbarte Gehölzbestände vermieden werden kann. Am westlichen Rand des nördlichen Teilbereiches befinden sich mehrere Lesesteinhaufen, die nach dem BbgNatSchAG als Biotope geschützt sind. Es wird angeregt, zusätzliche Lesesteinhaufen in den Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur, Landschaft und Boden anzulegen. Auch der Bereich der Freileitung kann für Kompensationsmaßnahmen genutzt werden.</p> <p>Da die Gebiete durch Wald- und Gehölzbereiche umgeben sind, ist die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes vertretbar. Der Brandschutz ist im besonderen Maße zu berücksichtigen.</p> <p>Besonders wertvoll sind die Grabenbereich der nördlichen Teilfläche, aber auch die Ödlandflächen im Norden und in der Südostecke des südlichen Teilgebietes.</p> <p>Im südlichen Teilgebiet grenzt ein Wald in einem recht schlechten Zustand an. In beiden Teilgebieten gibt es auch Allees und Baumreihen aus Eichen, Weiden, Erlen, Eschenahornbäumen und Lärchen. Die Gehölze dürfen nicht beeinträchtigt werden. Denkbar sind Ergänzungspflanzungen als Kompensationsmaßnahme.</p> <p>Wir bitten um weitere Beteiligung und um Mitteilung des Abwägungsergebnisses.</p>	<p>Größe des Plangebietes ist vertretbar und die Extensivierung von Intensivackerflächen kann Nitratbelastung des Bodens verringern. Kenntnisnahme</p> <p>Mögliche Kompensationsmaßnahmen werden auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung festgesetzt und bleiben im FNP unberücksichtigt.</p> <p>Abschirmung durch Wald- und Gehölzbereiche ist Beeinträchtigung des Landschaftsbildes vertretbar. Kenntnisnahme. Der Brandschutz wird auf B-Planebene berücksichtigt.</p> <p>Kenntnisnahme. Sämtliche Grabenbereiche und Kleingewässer bleiben erhalten. Durch den Verzicht auf Düngung wird sich die Wasserqualität voraussichtlich erheblich verbessern. Auch die Ruderaffuren (Ödlandflächen) bleiben vollständig erhalten.</p> <p>Kenntnisnahme. Sämtliche Bäume und Gehölzstrukturen bleiben erhalten und werden auch durch Neupflanzungen ergänzt.</p> <p>Die Naturschutzverbände werden im weiteren Verfahren beteiligt und innerhalb dessen auch über das Abwägungsergebnis informiert.</p>	<p>K</p> <p>N, H</p> <p>K</p> <p>K</p> <p>K</p> <p>H</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am ..2025 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
<p>34. Landkreis Ostprignitz-Ruppin D1 - Dezernat Bauen, Ordnung, Umwelt</p>	<p>Stellungnahme vom 22.08.2024</p> <p>In die Erarbeitung der Stellungnahme wurden gemäß TöB-Erlass des MIL vom 20.10.2020 die Ämter und Behörden unseres Hauses einbezogen, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden. Im Ergebnis der Beteiligung liegen Fachstellungen/Zuarbeiten des</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bau- u. Umweltamtes, untere Bodenschutzbehörde, v. 02.08.2024, • Bau- u. Umweltamtes, untere Wasserbehörde, v. 29.07.2024, • Bau- u. Umweltamtes, untere Denkmalschutzbehörde sowie des • Amtes f. Verbraucherschutz u. Landwirtschaft, SG Landwirtschaft, v. 18.07.2024 vor. <p>Diese Stellungnahmen enthalten Hinweise und Anregungen. Sie sind diesem Schreiben beigelegt und im Zuge der Abwägung gesondert zu berücksichtigen.</p> <p>Seitens der ebenfalls im Verfahren einbezogenen unteren Naturschutzbehörde wurde fristgerecht keine Fachstellungnahme eingereicht.</p> <p><u>Allgemeine Hinweise:</u> Bitte beachten Sie, dass unsere Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange nicht unsere Zuständigkeit als höhere Verwaltungsbehörde nach § 203 Abs. 3 BauGB i. V. m. der Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung vom 15.10.1997 einschließt.</p> <p>Auf der Grundlage des § 12 BbgEGovG sind die Bau- und Planungsverwaltungen der Kommunen in der Pflicht, XPlanungsbasierte Daten von Bauleitplänen verarbeiten und bereitstellen zu können.</p>	<p>Da die uNB aus Kapazitätsgründen eine offizielle Stellungnahme nicht abgeben konnte, hat sie sich auf eine Vorab-Stellungnahme (siehe weiter unten) beschränkt mit dem Hinweis, dass eine ausführliche Stellungnahme im Rahmen der formellen Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB erfolgen wird.</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am ..2025 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Die vorliegende Stellungnahme erreicht Sie ausschließlich per E-Mail (An info@plankontor-hh.de; Cc berndt@wusterhausen.de).</p>		
<p>Untere Bodenschutzbehörde</p>	<p>seitens der unteren Bodenschutzbehörde, gibt es - betreffend des oben genannten Vorhabens - keine Einwände jedoch den Hinweis, dass die im LABO-Projekt B 5.22 erarbeiteten und in der Arbeitshilfe „Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ publizierten Ergebnisse bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen mit Fokus auf PV-Anlagenflächen, zur Beachtung und Berücksichtigung empfohlen sind.</p> <p>Im Übrigen wird auf die Stellungnahme der unteren Bodenschutzbehörde vom 01.08.2024 hingewiesen, welche im Rahmen des parallellaufenden B-Plan-Verfahrens (Vorentwurf des Bebauungsplans "Solarpark Brunn" der Gemeinde Wusterhausen/Dosse (Bearb.stand 30.04.2024), Az.: 30251-2024), abgegeben wurde.</p>	<p>Keine Einwände gegen die Planung.</p> <p>Die Arbeitshilfe wird in der weiteren Planung, insbesondere auf der B-Plan-Ebene berücksichtigt. Die genannte Stellungnahme der Behörde zum B-Plan wird im dortigen Planverfahren ebenfalls entsprechend berücksichtigt.</p>	<p>K, H</p>
<p>Untere Wasserbehörde</p>	<p>aus wasserrechtlicher Sicht bestehen gegen das im o.g. Plan dargestellte Vorhaben grundsätzlich keine Einwände. Wir verweisen auf die nachstehenden Rechtspflichten und Hinweise und bitten um Übergabe einer Ausfertigung der Gesamtstellungnahme.</p> <p>Rechtspflichten und Hinweise aus Sicht des Wasserrechtes <i>Gewässerunterhaltung Trieplatzer Graben</i></p> <p>Das Vorhaben darf nicht gegen das Verbesserungsgebot oder das Verschlechterungsverbot nach §§ 27ff. WHG verstoßen. Es ist erforderlich, dass die Bestandteile der Photovoltaik Anlage einen Abstand vom Gewässer einhalten, der die Gewässerpflege des Wasser- und Bodenverbandes nicht beeinträchtigt oder erschwert.</p> <p><i>Abwasserbeseitigung:</i> Soweit eine Verunreinigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist und sonstige Belange nicht entgegenstehen, ist Niederschlagswasser gemäß § 54 Abs. 4 BbgWG schadlos über die belebte Bodenzone zu versickern.</p> <p>Sollten Wasserhaltungsmaßnahmen erforderlich sein, sind diese gemäß</p>	<p>Keine Einwände gegen die Planung. Die Behörde wird über das Ergebnis der Zwischenabwägung benachrichtigt.</p>	<p>H</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am . **2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>den §§ 8 u. 9 WHG erlaubnispflichtig. Eine wasserrechtliche Erlaubnis ist 4 Wochen vor Beginn der Maßnahme bei der Unteren Wasserbehörde zu beantragen (Dauer, geschätzte Entnahmemenge, Ort der Wiedereinleitung).</p> <p>Erdaufschlüsse bei denen mittelbar oder unmittelbar auf die Bewegung oder die Beschaffenheit des Grundwassers eingewirkt werden kann, sind gemäß § 49 WHG einen Monat vor Beginn der Maßnahme vom Unternehmer bei der Wasserbehörde anzuzeigen.</p> <p><i>Umgang mit wassergefährdenden Stoffen:</i> Bei der Wahl der Aufstellorte der Transformatoren sind die vorgehenden Ausführungen zu beachten.</p> <p>Es dürfen für die Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z.B. Transformatoren, Batteriespeicher) nur Bauprodukte, Bauarten oder Bausätze verwendet werden, für die die bauaufsichtlichen Verwendbarkeitsnachweise unter Berücksichtigung wasserrechtlicher Anforderungen vorliegen.</p> <p>Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen müssen so <u>geplant</u> (Fachplanungspflicht) und errichtet werden, beschaffen sein und betrieben werden, dass diese Stoffe nicht austreten können. Undichtheiten aller Anlagenteile, die mit wassergefährdenden Stoffen in Berührung stehen, müssen schnell und zuverlässig erkennbar sein. Austretende wassergefährdende Stoffe müssen schnell und zuverlässig erkannt werden. Bei einer Betriebsstörung anfallende Gemische (z.B. Löschwasser), die ausgetretenen wassergefährdenden Stoffe enthalten können, müssen ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder beseitigt werden können.</p> <p>Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, die nach § 3 Abs. 2 AwSV als allgemein wassergefährdende Stoffe oder in eine der drei Wassergefährdungsklassen (WGK) eingestuft sind, ist der unteren Wasserbehörde sechs Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Das dementsprechende Anzeigeformblatt steht auf der Internetseite des Landkreises OPR zum Laden bereit. Mit der Anzeige sind die Anlagen nach § 14 AwSV abzugrenzen, alle Anlagenteile zu bezeichnen und die Eignung dieser Anlagenteile nachzuweisen. Die separate Anzeige entfällt, wenn für diese</p>		

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am . **2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Anlagen eine Baugenehmigung beantragt wird. In diesem Fall müssen die vorgenannten Unterlagen im Bauantrag enthalten sein.</p>		
<p>Rechtliche Bauaufsicht und Denkmalschutz</p>	<p>durch das Vorhaben werden Belange des Denkmalschutzes nicht berührt. Das Vorhaben befindet sich außerhalb derzeit bekannter Bodendenkmale.</p> <p>Einzeldenkmäler befinden sich nicht im Plangebiet. Die geschützte Umgebung von Denkmälern wird nicht berührt.</p> <p>Eine denkmalrechtliche Erlaubnis ist nicht erforderlich.</p> <p>Eine detaillierte denkmalpflegerische Stellungnahme erfolgt durch das als TöB zuständige Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum. Insofern wird auf die Stellungnahme des BLDAM GV 2024_251 vom 04.07.2024 verwiesen.</p> <p>Hinweis: Im Falle des Auftretens bisher unbekannter Bodendenkmale im Zuge der Ausführung von Schachtungsarbeiten im Bereich des Vorhabens, gelten die gesetzlichen Schutzbestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes (BbgDSchG). Insbesondere gelten die Schutzbestimmungen des § 11 i. V. m. § 7 Abs. 3 und § 12 BbgDSchG. Funde sind unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen. Die Bauausführenden sollen darauf hingewiesen werden.</p>	<p>Keine Belange des Denkmalschutzes berührt. Es wird hier auf die Stellungnahme der oberen Denkmalschutzbehörde (BLDAM) verwiesen, wonach sich im Plangebiet Denkmalverdachtsflächen befinden.</p> <p>Der Hinweis ist bereits in der Begründung enthalten.</p>	<p>K</p> <p>V</p>
<p>Amt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft</p>	<p>Durch den vorgesehenen Standort des Planvorhabens 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wusterhausen/Dosse wird landwirtschaftlich genutzte Fläche in Höhe von ca. 54,1 ha überplant und der Nutzung entzogen.</p> <p><u>Teilgeltungsbereich Nord (29,0 ha)</u> Die Fläche befindet sich innerhalb des digitalen Feldblockkatasters welche als Grundlage für den Bezug von EU-Agrarfördermitteln dient. Betroffen ist die Referenz DEBBLI0368301533 und DEBBLI03680040334. Mit der Umsetzung des Vorhabens erlischt die Beihilfefähigkeit der Fläche.</p>	<p>Der Hinweis wird in die Begründung übernommen.</p>	<p>B</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Eine Beantragung im Rahmen Anträge auf Agrarförderung ist dann nicht mehr möglich.</p> <p><u>Teilgeltungsbereich Süd (22,4 ha)</u> Die Fläche befindet sich innerhalb des digitalen Feldblockkatasters welche als Grundlage für den Bezug von EU-Agrarfördermitteln dient. Betroffen ist die Referenz DEBBLI0368301533. Mit der Umsetzung des Vorhabens erlischt die Beihilfefähigkeit der Fläche. Eine Beantragung im Rahmen Anträge auf Agrarförderung ist dann nicht mehr möglich.</p> <p>Wenn erforderliche Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Plangebietes durchgeführt werden oder auf Flächen außerhalb landwirtschaftlicher Nutzflächen, bestehen seitens des SG Landwirtschaft keine grundsätzlichen Bedenken gegen das geplante Vorhaben.</p>	<p>Keine grundsätzlichen Bedenken, wenn für Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch genommen werden. Es sind nach derzeitigem Planungsstand (Mai 2025) keine externen Ausgleichsflächen vorgesehen.</p>	<p>K</p>
<p>Untere Natur-schutzbehörde</p>	<p><u>Vorab-Stellungnahme vom 29.01.2025*</u> <i>* Da die uNB aus Kapazitätsgründen eine offizielle Stellungnahme nicht abgeben konnte, hat sie sich auf eine Vorab-Stellungnahme beschränkt mit dem Hinweis, dass eine ausführliche Stellungnahme im Rahmen der formellen Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB erfolgen wird.</i></p> <p>Wir bitten Sie weiterhin um Geduld zur Bearbeitung Ihrer Bauleitplanungen, da es uns derzeit nicht möglich ist, die Beteiligungsfristen zu den Bauleitplanverfahren einzuhalten. Sollten Sie sich dafür entscheiden, die Planungen fortzuführen, ohne eine ausführliche Stellungnahme von uns für die frühzeitige Beteiligung erhalten zu haben, werden wir uns stattdessen im Rahmen der TÖB nach § 4 Abs. 2 BauGB ausführlicher mit den beiden Planverfahren auseinandersetzen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>K</p>
	<p>Nach unserer ersten Prüfung erkennbare Einwendungen und abwägungsrelevante Hinweise, zu denen in der Stellungnahme ausführlicher erläutert werden wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Alternativenprüfung (Standortprüfung im gesamten Gemeindegebiet – der bekannte Standpunkt der uNB zu weiteren PV-Planungen im Gemeindegebiet bleibt bestehen). Der Aussage im Umweltbericht zur FNP-Änderung „Im Rahmen der Potenzialflächenermittlung in der Gemeinde wurde 	<p>Wenn dem übergeordneten Ziel des schnellen Ausstiegs aus der Energieerzeugung von fossilen Brennelementen und der Förderung eines schnellen Umstiegs auf erneuerbare Energien gefolgt wird, muss bei einer Prüfung von Standorten für größere PV-Freiflächenanlagen immer der Fokus auf Flächen liegen, die auch kurzfristig zur Verfügung stehen. Das wären zum Beispiel Flächen, die sich im Eigentum der Gemeinde befinden. Die Gemeinde Wusterhausen/Dosse verfügt jedoch über keine größeren geeigneten Flächen, wodurch die Gemeinde auf Flächen</p>	<p>Z</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>das Plangebiet als Vorzugsfläche identifiziert. Ein erster Schritt im Planungsprozess besteht darin, vergleichbare Alternativen zu prüfen, beispielsweise Ackerflächen die weniger konfliktträchtig sind.“ (vgl. S. 15) folgt keine nachvollziehbare Darstellung der geprüften alternativen Standorte und ist transparent darzulegen.</p>	<p>angewiesen ist, die von privaten Grundeigentümern für den Bau von PV-Freiflächenanlagen zur Verfügung gestellt werden. Somit wäre es eine „theoretisch-akademische Standortprüfung“, wenn die Gemeinde in ihrem Gemeindegebiet nach theoretisch guten Standorten sucht, die dortigen Grundeigentümer aber im überwiegenden Maße ihre Flächen nicht zur Verfügung stellen.</p> <p>Des Weiteren sind in der Gemeinde Wusterhausen/Dosse keine für PV-Freiflächenanlagen privilegierten Bereiche vorhanden, da es weder eine Autobahn noch zweigleisige Bahnstrecken im Gemeindegebiet gibt. Zudem ist es für den zügigen Ausbau der regenerativen Energieerzeugung nicht möglich, diese hauptsächlich nur durch PV-Module auf Dächern zu erzeugen. Die geplanten PV-Freiflächenanlagen im Gemeindegebiet haben so eine Größe, dass jeweils mehrere tausend Dächer mit PV-Modulen bestückt werden müssten, um die gleiche Menge an Energie zu erzeugen. Die „Einzeldachbestückung“ ist nicht nur deutlich teurer, sondern auch so gut wie nicht realisierbar, da wenn zum Beispiel als Alternative für eine mittelgroße PV-Freiflächenanlage 5.000 Dächer (Wusterhausen/Dosse hätte keine 5.000 geeigneten Dächer im Gemeindegebiet) mit PV-Modulen ausgestattet werden müssen, diese 5.000 Dächer etwa 4.500 verschiedenen Eigentümern gehören. Die Bestückung von Dachflächen mit PV-Modulen kann daher nur eine sinnvolle Ergänzung sein.</p>	
	<p>• Dringlicher Hinweis zur Abarbeitung (besonderer Artenschutz und Maßnahmenplanung am Beispiel der Vorgaben von NRW – die Literatur bietet eine große Bandbreite an artspezifische Anforderungen (Habitat-anforderungen, Beispiele für Maßnahmen, Anforderungen an Qualität und Menge je nach Betroffenheit und Standort, Aspekte der Prognosesicherheit, Monitoring, Literaturhinweise): Methodenhandbuch zur Artenschutzprüfung in NRW – Bestandserfassung, Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen und Monitoring; Anhang B Maßnahmen-Steckbriefe (Artspezifisch geeignete Maßnahmen); 2021); außerdem aktuell: BGH-Plan, 2024, abrufbar: https://www.naturschutzenergiewende.de/publikationen/moeglichkeiten-und-grenzen-des-artenschutzrechtlichen-ausgleichs-in-solarparks/)</p>	<p>Die Maßnahmenplanung für den Artenschutz wird vollumfänglich im Umweltbericht bzw. Artenschutzfachbeitrag der verbindlichen Bauleitplanung festgesetzt und bleibt im FNP unberücksichtigt.</p>	<p>H</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<ul style="list-style-type: none"> • u. a. planungsrelevante Standorteigenschaften: Historische bedeutende Kulturlandschaft/Vorbehaltsgebiet Kulturlandschaft Kyritzer Seerinne/Mittleres Dosse-Jäglitztal (Regionalplanung), Schutz der Böden und Vorrang Landwirtschaft (Landschaftsrahmenplan) 	Kenntnisnahme	K
	<ul style="list-style-type: none"> • Einwendungen besonderer Artenschutz: Amphibien; u. a. genauere Betrachtung von: Kranich (BV), Rohrweihe (NG), Turmfalke (NG), Rotmilan (NG), Schwarzmilan (NG), Mäusebussard (NG), Ortolan (BV), Grauammer (BV), Feldlerche (BV), Sperbergrasmücke (BV), Gelbspötter (BV), Neuntöter (BV) -> Akzeptanz der Arten ggü. PV-FFA; Einschätzung der Relevanz der Flächen als essenzielles Nahrungshabitat für Nahrungsgäste; Einhaltung Bauzeitenregelung; Koordinierung Bauzeitenregelung Amphibien „vs.“ Brutvögel (Planung Aufstellung Amphibienzäune); Planung Ausgleichsmaßnahmen unter Berücksichtigung Leitfaunen NRW und weiterer Fachliteratur/aktuelle wissenschaftliche Methodik) 	<p>Der besondere Artenschutz wird im Umweltbericht bzw. im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag zur verbindlichen Bauleitplanung vollständig abgehandelt und im FNP nur vereinfacht dargestellt.</p> <p>Im Rahmen der Bebauungsplanung wurden im Frühjahr 2024 spezielle faunistische Untersuchungen zu Brutvögeln sowie Amphibien durchgeführt, die im Bebauungsplanentwurf berücksichtigt werden. Für die dort festgestellten Brutpaare der Feldlerche sollen externe Kompensationsflächen gefunden werden, so dass in den Änderungsflächen der 12. FNP-Änderung keine Ausgleichsflächen berücksichtigt werden müssen.</p>	H
	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Akzeptanz von Tierarten ggü. PV-FFA (z. B. Rubrik Fachwissen – <u>KNE Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende</u>; Möckel, R., 2024: Die Brutvogelfauna von zwei Photovoltaik-Freiflächenanlagen im südlichen Brandenburg (veröffentlicht in OTIS – Zeitschrift für Ornithologie und Avifaunistik in Bbg. und Berlin) 	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wird für den AFB die entsprechende Literatur herangezogen.</p>	K, H
	<ul style="list-style-type: none"> • Auseinandersetzung/Identifizierung von Horststandorten in den direkt angrenzenden Waldbereichen 	<p>Im Rahmen der Kartierung im Frühjahr 2024 konnte ein Kranichhorst in der Umgebung des Plangebiets festgestellt werden. Aufgrund des Abstands von ca. 120 m zur Geltungsbereichsgrenze wurde der Eingriff für den Kranich und seine Brut als unerheblich betrachtet. Es werden entsprechende Vermeidungsmaßnahmen im AFB der verbindlichen Bauleitplanung festgesetzt, die den Kranichhorst während der Bauphase vor erheblichen Beeinträchtigungen schützen. Dies beinhaltet eine baufreie Zone mit einem Radius von 300 m um den Horst während der Baumaßnahmen in der Hauptbrutzeit.</p>	Z
	<ul style="list-style-type: none"> • Begründung / Darstellung des Planungsprozesses zur Festlegung der Wildkorridore; fachliche Anforderungen an Wildkorridore 	<p>Die Hinweise werden zur weiteren Maßnahmenplanung herangezogen, die jedoch auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung erfolgt und</p>	N, H

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am ..2025 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>berücksichtigen (vgl. https://www.strassenmv.de/static/LSBV/Datseiten/Veranstaltungen/MAQ-Workshop/MAQ-Workshop-2023_03_Vorstellung_MAQ_HENNEBERG.pdf; Peter, F., Reck, H., Trautner, J., Böttcher, M., Strein, M., Herrmann, M., Meinig, H., Nissen, H., Weidler, M. (2023): Lebensraumverbund und Wildtierwege – erforderliche Standards bei der Bündelung von Verkehrswegen und Photovoltaik-Freiflächenanlagen. „Natur und Landschaft“ 98. Jahrgang (2023) – Ausgabe 11, S. 507-515; https://www.jagdverband.de/sites/default/files/2022-07/2022-06_DJVPosition_Photovoltaik-Freiflaechenanlagen.pdf) – aktuell sind die Korridore nur 20 m breit geplant; auch hier Berücksichtigung und Planung des Abstandes zum Wald von min. 30 m</p>	<p>daher im Umweltbericht zum FNP nicht berücksichtigt wird. Die Breite der Wildkorridore wird als ausreichend gesehen. Es erfolgen auf B-Planeebene Festsetzungen zur Gestaltung der Korridore. Eine Anpassung der Wildkorridore im FNP ist nicht erforderlich.</p>	
	<ul style="list-style-type: none"> • Biotopschutz: laut Planung nicht betroffen – in Randbereich knapp außerhalb des GB: Kleingewässer (Teilbereich Nord), standorttypischer Gehölzsaum an Gewässern (Teilbereich Süd) zu dem ein Abstand zum Schutz der Habitatpotenziale einzuhalten ist 	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Abstände zu geschützten Biotopen werden bereits berücksichtigt.</p>	K, V
	<ul style="list-style-type: none"> • ND, GLB, NSG: Allee als geschützter Landschaftsbestandteil 	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Alleen werden im Planwerk (Umweltbericht zur verbindlichen Bauleitplanung) bereits als geschützte Landschaftsbestandteile behandelt. Im Umweltbericht zum Flächennutzungsplan werden die Alleen nur oberflächlich erwähnt.</p>	K, V
	<ul style="list-style-type: none"> • Alleen: Alleien betroffen in Teilbereich Süd – kein Eingriff durch die Planung vorgesehen, entsprechende Vermeidungsmaßnahme wurde formuliert; Darstellung der Alleien in der Planzeichnung und Hinweis auf den gesetzlichen Schutzstatus erforderlich (vgl. MIL-Arbeitshilfe Bauleitplanung, 2022, Kap. C1 – Hinweis zu Alleien und Biotopen) 	<p>Die Alleien und Biotope sind im rechtswirksamen FNP bereits dargestellt. In den Änderungsflächen werden diese von den Darstellungen zu Grünflächen überlagert, sind aber dennoch erkennbar.</p>	V
	<ul style="list-style-type: none"> • Bauverbot an Gewässern (Voraussetzung für Ausnahmelage/objektive Befreiungstatbestände): keine relevanten Gewässer wie Bundeswasserstraßen, Gewässer erster Ordnung sowie stehende Gewässer mit einer Größe von mehr als einem Hektar innerhalb und im Umkreis des Plangebiets 	<p>Kenntnisnahme</p>	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am . **2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<ul style="list-style-type: none"> • Kleingewässer – die nördlichen Kleingewässer, an die der Teilbereich Nord grenzt, sind im LRP mit „Erhalt und Aufwertung Kleingewässer“ gekennzeichnet – die Behörde bittet zu prüfen, ob im Rahmen der Planung eine Aufwertung für einen Mehrwert von Natur und Landschaft möglich ist; der Abstand der Planung zu den Kleingewässern ist zu vergrößern (50 m, um Störungen zu vermeiden und Habitatpotenziale zu schützen) 	<p>Die Hinweise werden zur weiteren Maßnahmenplanung herangezogen, die jedoch auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung erfolgt und daher im Umweltbericht zum FNP nicht berücksichtigt wird.</p> <p>Der in der Planung gewählte Abstand zu dem Kleingewässer (östlicher Feldsoll) wird als ausreichend gesehen. Hinweis: Die Lagedarstellung des Feldsolls und des Grabens im wirksamen FNP von 2001 entspricht nicht der tatsächlichen Lage.</p> <p>Festzuhalten ist weiter, dass sich die Wasserqualität der Gewässer durch die verringerte Düngung und den verringerten Einsatz von Pestiziden verbessern kann.</p>	N, H
	<ul style="list-style-type: none"> • LSG: nicht betroffen 	Kenntnisnahme	K
	<ul style="list-style-type: none"> • Kulturgüter: vorhandenes Bodendenkmal Teilbereich Süd (siehe SN der BLDAM vom 04.07.2024) 	Der Hinweis wird in den Umweltbericht zur FNP-Änderung übernommen.	U
	<ul style="list-style-type: none"> • Eingriffsregelung und Landschaftsbild: Eingrünung des Plangebietes muss vollständig als <u>Ausgleich</u> der Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes erfolgen (vgl. <u>KNE Zur Berücksichtigung von Landschaftsbild und Erholungswert bei Solarparkprojekten Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende</u>; OVG Lüneburg (2024): Vorhabenbezogener Bebauungsplan für Solarpark, Bestimmtheitsanforderungen an den Vorhaben- und Erschließungsplan, Belange des Landschaftsbildes und des Artenschutzes bei Errichtung auf Flächen eines Wiesenvogelschutzprojekts. Natur und Recht 46 (6). S. 419–423.) -> danach sind Solarparks immer als erheblicher Eingriff auf das Landschaftsbild zu bewerten; bei Konflikt zwischen Eingrünung und Ausgleichsflächen/Artenschutz Offenlandbrücker sind anderweitige Lösungen zu finden 	Die Hinweise werden zur weiteren Maßnahmenplanung herangezogen, die jedoch auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung erfolgt und daher im Umweltbericht zum FNP nicht berücksichtigt wird.	H
	<ul style="list-style-type: none"> • Berücksichtigung Landschaftsplanung – der Behörde liegt für die Gemeinde Wusterhausen ein Landschaftsplan aus dem Jahr 2000 vor; Pflicht zur Aufstellung von Landschaftsplänen gemäß § 11 Abs. 1 BNatSchG 	Der Landschaftsplan wird abgefragt und als Entwurf im Umweltbericht zur FNP-Änderung sowie im Umweltbericht zur verbindlichen Bauleitplanung verwendet.	U

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>• Hinweise zu naturverträglichen Pflegekonzepten und Monitoring: Hietel, E., Reichling, T. und Lenz, C. (2021): Leitfaden für naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Solarparks – Maßnahmensteckbriefe und Checklisten. Abrufbar unter Leitfaden für naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Solarparks - TH Bingen</p>	Kenntnisnahme	K
	<p>• Die Regelungen zur Vermeidung/Ausgleich (Eingriffsregelung), zur Anlage der SPE-Flächen und zum besonderen Artenschutz sind nachvollziehbar in die textliche Festsetzung zu übernehmen. Planergänzende Vereinbarungen (städtebaulicher Vertrag) sind eindeutig (wortwörtlich) in die Planbegründung aufzunehmen.</p>	Die Hinweise werden zur weiteren Maßnahmenplanung herangezogen, die jedoch auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung erfolgt und daher im Umweltbericht zum FNP nicht berücksichtigt wird.	H
35. IHK Potsdam Industrie- und Handelskammer Regionalcenter Ostprignitz-Ruppin	– keine Stellungnahme –	Kenntnisnahme.	K
36. Ostprignitz-Ruppiner Personenverkehrs- gesellschaft mbH	– keine Beteiligung –	–	–
37. Kreishandwerkerschaft Neuruppin	<p>Stellungnahme vom 08.07.2024</p> <p>die eingereichten Planungsunterlagen in Bezug auf die 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wusterhausen/Dosse wurden durch uns geprüft.</p> <p>Die von der Kreishandwerkerschaft Ostprignitz-Ruppin zu vertretenden Belange werden nicht berührt.</p> <p>Es gibt keine Hinweise bzw. Anregungen zu diesen Planungen.</p>	Keine Belange durch die Planung berührt. Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
<p>38. Wasser- und Bodenverband Dosse-Jäglitz</p>	<p>Stellungnahme vom 26.06.2024</p> <p>in der Anlage erhalten Sie einen Katasterauszug mit betroffenen Gewässern II. Ordnung. In einem Abstand von 5 m zur jeweiligen Böschungsoberkante dürfen keine Einzäunungen, Anpflanzungen und Bebauungen durchgeführt werden. Sollen Gewässer gequert werden, oder Parallelverlegungen von Leitungen erfolgen, haben wir folgende Forderungen:</p> <p>Wir fordern für Gewässerkreuzungen einen Mindestabstand von 1,20 m zwischen Gewässersohle und Oberkante Schutzrohr. Die Kreuzung hat rechtwinklig zum Gewässer zu erfolgen. Die normale Verlegetiefe kann in einem Abstand von 5 m zur jeweiligen Böschungsoberkante wieder erreicht werden. Die Kreuzungen sind mit geeigneten Mitteln so zu kennzeichnen, dass sie bei der Gewässerunterhaltung, in hohem Kraut auf der Böschung, deutlich zu erkennen sind. Eventuell auftretende Schäden am Gewässerprofil sind nach Bauende wieder zu beseitigen. Baubeginn und Bauende sind unserem Verband anzuzeigen.</p> <p>Nach Beendigung der Arbeiten sind uns aktuelle Bestandsunterlagen zu übergeben. Erfolgt das nicht, übernehmen wir keine Haftung für Beschädigung an der Leitung, infolge von durchgeführten Arbeiten der Gewässerunterhaltung. Die Parallelverlegung zum Gewässer soll in einem Abstand von 5 m zur jeweiligen Böschungsoberkante erfolgen.</p> <p>Anlage: Übersichtsplan</p>	<p>Kenntnisnahme. Die Hinweise betreffen nicht die FNP-Ebene und bleiben deshalb unberücksichtigt.</p>	<p>K</p>
<p>39. Wasser- und Abwasserverband "Dosse"</p>	<p>Stellungnahme vom 02.07.2024</p> <p>von Seiten des WAV „Dosse“ bestehen keine Einwände gegen die 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wusterhausen/Dosse.</p>	<p>Keine Einwände zur Planung. Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p>
<p>40. Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH</p>	<p>– keine Stellungnahme –</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk																				
41. Telefonica Germany GmbH Co. OHG	– keine Stellungnahme –	Kenntnisnahme.	K																				
42. Deutsche Telekom Technik GmbH PTI 31 - Planauskunft	– keine Stellungnahme –	Kenntnisnahme.	K																				
43. GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH	<p>Stellungnahme vom 02.07.2024</p> <table border="1" data-bbox="394 767 1173 1214"> <thead> <tr> <th>Anlagenbetreiber</th> <th>Hauptsitz</th> <th>Betroffenheit</th> <th>Anhang</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td> <td>Halle</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)</td> <td>Schwaig b. Nürnberg</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>ONTRAS Gas-transport GmbH</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>VNG Gasspeicher GmbH</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> </tbody> </table> <p>Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!</p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der /s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.</p>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	ONTRAS Gas-transport GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	VNG Gasspeicher GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Keine Betroffenheit, keine Einwände.	
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang																				
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				
ONTRAS Gas-transport GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				
VNG Gasspeicher GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Abstände nach DIN VDE 0100, DIN VDE 0101 und DIN VDE 0105 einzuhalten.</p> <p>Für die Abstände zu unseren Gasanlagen gilt die GW 315.</p> <p>Vorhandene und in Betrieb befindliche Anlagen dürfen weder freigelegt noch über- oder unterbaut werden. In den Schutzstreifen unserer Anlagen ist Handsehachtung erforderlich (Gas 6m, Strom MS/NS und Telekommunikation 2m).</p> <p>Einer Unterbauung unserer Freileitungsanlagen stimmen wir nicht zu. Hier sind beidseitige Abstände Ihrer Anlagen, gerechnet mit der Falllänge der Masten zuzüglich 3 m, einzuhalten. Die Masthöhen betragen 12 m.</p> <p>Der Investor sowie die ausführenden Firmen sind auf Grund Ihrer Ausführungen darauf hinzuweisen, vor Baubeginn einen Lageplan im Maßstab 1 :500 mit der detaillierten Darstellung der geplanten Baumaßnahme, unter Beachtung unserer Anlagen, in unserem Hause zur Stellungnahme einzureichen.</p> <p>Des Weiteren sind die von Ihnen benannten Anlagen so zu errichten, dass wir unsere vorhandenen Anlagen jederzeit mit entsprechender Montagetechnik befahren können.</p> <p>Für die Ansicht unserer Anlagen steht unsere Online-Planauskunft mit modernen und innovativen Tools auf unserer Homepage unter: www.e-dis-netz.de unter Energie-Service - Kundenservice - Planaus-kunftportal zur Verfügung.</p> <p><i>Wichtige Informationen zur Registrierung und zur Anwendung des Planauskunftsportals sind in der „Klickanleitung“ ersichtlich.</i></p> <p>Nach der Registrierung können Sie schnell und intuitiv täglich bis zu zehn Anfragen selbst durchführen.</p> <p>Natürlich sind sämtliche Anfragen weiterhin für Sie kostenlos.</p> <p>Sie als Mitarbeitende einer Gemeinde registrieren sich bitte mit dem</p>	<p>Bauleitplanung.</p>	

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am . **2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>rechtlich eingetragenen Firmennamen als „Organisation“.</p> <p>Wir hoffen, Sie mit diesem Service bestmöglich unterstützen zu können und freuen uns auf Ihr Feedback!</p> <p>Sollte es dennoch Probleme bei der Registrierung geben, senden Sie eine kurze Beschreibung des Problems und einen Bildschirmabgriff (Screenshot) Ihres gesamten Web-Browsers an das Postfach EDI_Support_Planauskunftportal@e-dis.de</p> <p>Wir betrachten das Vorhaben zum heutigen Zeitpunkt als Information.</p> <p>Da Sie Angaben zur elektrotechnischen Einspeisung gemacht haben, obwohl diese nicht Bestandteil einer Bauleitplanung sind, weisen wir vorsorglich auf eine rechtzeitige Antragstellung vom Errichter der Einspeiseanlagen bei einem für die entsprechende Einspeiseleistung zuständigen Netzbetreiber hin.</p> <p>Dieser benennt den Verknüpfungspunkt im Rahmen der netztechnischen Bewertung.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>K</p>
<p>47. 50Hertz Transmission GmbH Netzbetrieb</p>	<p>Stellungnahme vom 26.06.2024</p> <p>Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden.</p> <p>Informationshalber möchten wir mitteilen, dass sich Ihr Vorhaben im Bereich des geplanten Vorhabens M635a gemäß Netzentwicklungsplan befindet. Weiterführende Informationen können Sie folgender Internetpräsenz entnehmen https://www.netzentwicklungsplan.de/sites/default/files/2024-04/NEP_2037_2045_V2023_Anhang_2E_Aktualisierung_April_2024.pdf.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH. Hinweis zur</p>	<p>Keine Betroffenheit durch die Planung. Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Dem Netzentwicklungsplan ist zu entnehmen, dass die Änderungsfläche nicht im direkten Vorhabenbereich M635a liegt.</p>	<p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am .**2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	Digitalisierung: Für eine effiziente Identifizierung der (Nicht-)Betroffenheit bitten wir bei künftigen Beteiligungen nach Möglichkeit um Übersendung der Plangebietsfläche(n) sowie eventueller externer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in einem standardisierten und georeferenzierten Geodaten austauschformat (vorzugsweise Shapefiles oder kml-Datei).		
48. Regio Infra Nord-Ost GmbH	– keine Beteiligung –	–	–
49. Katholische Kirche Erzbischöfliches Ordinariat	– keine Beteiligung –	–	–
50. Evangelische Kirche Berlin - Brandenburg	– keine Beteiligung –	–	–
51. Tourismusverband Prignitz e.V.	– keine Stellungnahme –	Kenntnisnahme.	K
52. Tourismusverband Ruppiner Seenland e.V.	– keine Stellungnahme –	Kenntnisnahme.	K
53. Deutsche Bahn AG	– keine Beteiligung –	–	–
54. Amt Temnitz für die Gemeinden Temnitzquell, Walsleben, Märkisch Linden, Temnitztal	– keine Stellungnahme –	Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.2025 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 25.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
55. Amt Neustadt (Dosse) für die Gemeinde Drees und Stadt Neustadt (Dosse)	<p>Stellungnahme vom 26.06.2024</p> <p>Durch die 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wusterhausen/Dosse werden keine Belange der amtsangehörigen Gemeinden Neustadt (Dosse) sowie Dreetz berührt.</p>	Keine Belange berührt.	K
56. Stadt Kyritz	<p>Stellungnahme vom 22.07.2024</p> <p>Die Stadt Kyritz hat die mit Ihrem Schreiben vom 25.06.2024 zur Verfügung gestellten Unterlagen zu oben genanntem Vorhaben gesichtet und hinsichtlich ihrer Belange geprüft.</p> <p>Seitens der Stadt Kyritz bestehen zum betreffenden Vorhaben keine Bedenken.</p>	Keine Bedenken.	K
57. Amt Friesack für die Stadt Friesack	– keine Stellungnahme –	Kenntnisnahme.	K
58. Gemeinde Fehrbellin	<p>Stellungnahme vom 05.06.2024</p> <p>Zum betreffenden Planentwurf (Stand 05/2024) gibt es keine Anregungen und Bedenken; unmittelbare Auswirkungen der Planung auf die Gemeinde Fehrbellin sind nicht erkennbar.</p>	Keine Anregungen und Bedenken.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.__.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Öffentlichkeit 1	Stellungnahme vom 25.07.2024		
	<p>mit großer Verwunderung verfolge ich die Planungen von gleich mehreren Solarkraftwerkvorhaben gigantischen Ausmaßes in Ihrer Gemeinde Wusterhausen. Alleine das Vorhaben Bantikow Ost schafft es mit seiner Größe von 180 ha in die Liga der größten Photovoltaik-Freiflächenvorhaben in Deutschland.</p> <p>KRITIK 1: Leider haben sich die Vorhabenträger für ihre Planungen der Solarparkvorhaben</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bantikow Ost mit rund 180 ha • Schönberg-Tramnitz-Wulkow Süd mit rund 78 ha sowie den • Solarpark Brunn mit rund 45 ha <p>unwissentlich oder vorsätzlich für den geschützten historischen bedeutsamen Landschaftsraum Nr. 6 – Kyritzer Seenrinne entschieden.</p>	<p>Das Plangebiet des "Solarparks Bantikow-Ost" wurde nach der frühzeitigen Beteiligungsrunde um 15,4 ha verkleinert, um dem Biotopschutz Rechnung zu tragen. Zudem sind jeweils die Gesamtplangebietsgrößen nicht gleichzusetzen mit den Flächen (sonstige Sondergebiete), welche am Ende tatsächlich mit Solarmodulen überbaut werden. Ein größerer Teil des Plangebiets entfällt auch auf Grünflächen, SPE-Flächen und Waldflächen.</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mittlerweile eingestellt. Im Zuge dessen finden auch die Festlegungen zum Freiraum und zu den historisch bedeutsamen Kulturlandschaften keine weitere Anwendung mehr und sollen im Rahmen eines integrierten Regionalplans überarbeitet werden.</p> <p>Die Vorbehaltsgebiete "Historisch bedeutsame Kulturlandschaft" wurden seinerzeit vor allem vor dem Hintergrund der Aufstellung von Windenergieanlagen (WEA) festgelegt, die aufgrund ihrer Höhe eine raumbedeutsame Wirkung über viele Kilometer haben. Nach Definition des nun nicht mehr gültigen Teilplans wird die historische Kulturlandschaft vor allem durch eine hohe Dichte an wahrnehmbaren Denkmälern und ihrer damit landschaftsprägenden Bedeutung bestimmt, welche eben durch raumbedeutsame Vorhaben beeinträchtigt werden könnten. Beispielhaft wäre hier eine Dorfsilhouette mit historischen Wohnhäusern, Gehöften und Kirchturm zu nennen, die durch im Hintergrund aufragende Windräder gestört würde. Die flächendeckende Festlegung des Kulturraums hat sich also hauptsächlich aus der Weitenwirkung durch WEA ergeben und bedeutet nicht, dass alle Flächen auch tatsächlich die Schutzansprüche erfüllt haben. Zwar heißt es im Textteil des einstigen Teilplans "Freiraum und Windenergie" auch, dass sich die "Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften" durch traditionelle Bewirtschaftungsformen auszeichnen, wozu im ländlichen Raum vor allem die Land- und Forstwirtschaft zu rechnen ist, jedoch finden in den Plangebieten und ihren Umgebungen nur herkömmliche Bewirtschaftungsformen statt, die keine besonderen Alleinstellungsmerkmale aufweisen.</p> <p>Es findet sich allerdings eine relative Dichte an Alleen und Grünzäsuren vor, die ein weiteres Merkmal insbesondere für das Vorbehaltsgebiet Nr.</p>	Z

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

	<p>6 bilden. Die Planung berücksichtigt diese landschaftlichen und ökologischen Strukturelemente aber, so dass diese nicht beeinträchtigt werden, sondern teilweise durch die Pflanzung von Hecken sogar noch ergänzt werden. Die PV-Anlagen werden überwiegend hinter diesen Gehölzstrukturen errichtet, so dass diese nicht beeinträchtigt werden und die PV-Anlagen auch abschirmen.</p> <p>Die geplanten PV-Freiflächenanlagen (PV-FFA) nehmen somit zwar landwirtschaftliche Flächen in Anspruch, durch ihre Flächenausdehnung auch deutlich mehr als etwa WEA, sie verdrängen jedoch weder besonders bedeutsame Bewirtschaftungsformen, noch sind sie aufgrund ihrer geringen Höhe in der überwiegend ebenen Landschaft der Region weiträumig sichtbar.</p> <p>Es ist zudem anzumerken, dass es sich bei den seinerzeit durch die Regionalplanung festgelegten "Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften" nicht um Vorranggebiete handelt, bei denen die Aspekte der Kulturlandschaft Vorrang gegenüber anderen Vorhaben genießen, sondern nur um Vorbehaltsgebiete, wo einer die Schutzansprüche berührenden Nutzung durch Abwägung auch der Vorrang eingeräumt werden kann.</p> <p>Aufgrund dieser genannten Faktoren hat sich die Gemeinde Wusterhausen/Dosse dazu entschieden, trotz der Festlegung als Vorbehaltsgebiet "Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften" die Errichtung der in der Stellungnahme genannten PV-FFA dort zuzulassen.</p>	
<p>Quelle: Regionalplan Prignitz-Oberhavel Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" Anlage zur Satzung vom 21. November 2018 (Stand: 08.11.2018) https://www.prignitz-oberhavel.de/fileadmin/dateien/dokumente/regionalplanung/ReP_FW/01_ReP_FW_Text.pdf</p> <p>Die Beschlüsse widersprechen aus meiner Sicht dem eigens auferlegten Kriterium des Wusterhausener PV-Leitfadens Seite 4: „Kein Bau in Gebieten mit Schutzstatus z.B.: Natur-/Landschaft-/Wasser-/Gewässerschutz, Bau- und Bodendenkmale, Freiraumfestlegungen, bedeutsame Kulturlandschaften“</p> <p>* Anmerkung Plankontor: Alle enthaltenen gelben Markierungen sind Teil der Original-Stellungnahme.</p>	<p>Auf Seite 4 des Leitfadens wird darauf hingewiesen, dass der Kriterien-/Anforderungskatalog "der grundsätzlichen Orientierung" dient, um für ein Vorhaben so viele Kriterien wie möglich einzuhalten. Wie in der Einleitung des Kriterienkatalogs beschrieben, beruhen in der Realität die Standortentscheidungen jedoch auf der Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen, wodurch auch in Bezug auf die einzelnen Punkte des Kriterienkatalogs individuell eine Abwägungsentscheidung speziell zu den jeweiligen Gegebenheiten innerhalb der Plangebiete erfolgt. Der Gemeinde war bei der Fassung des Aufstellungsbeschlusses bewusst, dass sich die geplanten Flächen in Brunn innerhalb des damals gültigen</p>	<p>Z</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.__.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

		<p>Vorbehaltsgebietes befanden. Nach Auswertung der Ausstattungsmerkmale des Vorbehaltsgebietes Nr. 6 ist die Gemeinde zu dem Schluss gekommen, dass diese Merkmale nicht oder nur begrenzt auf das Plangebiet zutreffen, weshalb in Abwägung zu den Anforderungen nach § 2 EEG 2023 (überragendes öffentliches Interesse der Errichtung von Anlagen der Erneuerbaren Energien, Erhalt der öffentlichen Sicherheit) die Gemeinde sich für die Errichtung einer PV-FFA entschieden an dieser Stelle entschieden hat.</p> <p>Der Kriterienkatalog wurde erstellt, als die Gemeinde noch keine praktische Erfahrung mit der Planung von PV-Freiflächenanlagen hatte. So hat sich durch die konkreten Planungen herausgestellt, dass es notwendig sein wird, den Kriterienkatalog zu überarbeiten. Denn wenn zum Beispiel ein zu großer Abstand des Solarparks zum Wald gewählt wird, nutzt der Landwirt diese Fläche dennoch meistens „bis fast an die Baumstämme“ als landwirtschaftliche Fläche, wie beispielsweise für den Maisanbau. Bei einem Flächenabstand von 15,0 m oder 20,0 m kann die Fläche tatsächlich zur Schaffung eines Waldsaums und als Blühwiese dienen, um dem Natur- und Artenschutz zu dienen. Ein weiteres Beispiel ist die Vorgabe 10,0 m breite Wildschneise mit beidseitig fast 4,0 m hohen Hecken zu schaffen, die in der Realität von den Tieren in der Regel überwiegend als „schutzloser Tunnel“ empfunden wird. Anders ist dies bei einer 25 bis 30 m breiten Wildachse ohne eine beidseitige Hecke, dafür aber mit differenziert angeordneten Gehölzgruppen, die dem Wild beim Durchqueren einer durchaus 200 oder 300 m langen Wildachse als Schutz dienen.</p> <p>Der Bau von PV-Freiflächenanlagen innerhalb der einst festgelegten „Historisch bedeutsamen Kulturlandschaft“ beruht auf den genannten Abwägungsentscheidungen und der Verhältnismäßigkeit in Bezug auf andere Faktoren. Ein Grund ist, dass sich innerhalb der Gemeinde Wusterhausen/Dosse nicht nur die „Historisch bedeutsame Kulturlandschaft“, sondern auch drei Naturschutzgebiete sowie zwei Landschaftsschutzgebiete befinden. Hier herrscht in Abstimmung mit den Planungsbeteiligten Einigkeit darüber, dass die Bebauung in der „Historisch bedeutsame Kulturlandschaft“ einen geringeren negativen Einfluss auf die im Umweltbericht aufgeführten Schutzgüter hat. Weiterhin enthält der Kriterienkatalog einen definierten Mindestabstand zur nächsten Wohnbebauung von 300 m, was einer der Hauptkriterienpunkte bei einer Lageentscheidung bleibt, eine vorrangige Priorität, wodurch die Standortmöglichkeiten bereits stark eingeschränkt werden. Ein weiterer Punkt ist, dass die „Historisch</p>	
--	--	--	--

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

	<p>Dass man nicht in diese „kulturlandschaftlich bedeutsamen Landschaftsräume“ hinein plant sondern sogar ein ausreichend dimensionierter Abstand einzuhalten ist, zeigt beispielhaft die „Planungshilfe Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p>prüfung ist notwendig sofern eine Beeinträchtigung nicht ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Des Weiteren ist zu Kulturdenkmälern und kulturlandschaftlich bedeutsamen Landschaften ein ausreichend dimensionierter, auf die Schutzanforderungen abgestimmter Abstand einzuhalten²².</p> </div> <p>Quelle: Seite 10 https://www.rpg-oderland-spree.de/sites/default/files/downloads/202311_OLS_Planungshilfe_FF-PVA_3_1.pdf</p> <p>Hier Informationen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel aus 2018.</p>	<p>bedeutsame Kulturlandschaft“ rund 60 Prozent des Gemeindegebietes bedeckt, wodurch der Anteil der Fläche für die sonstigen Sondergebiete der Solarparks im Verhältnis zur „Historisch bedeutsamen Kulturlandschaft“ sehr gering ist.</p> <p>Das genannte Dokument zur Planungshilfe bezieht sich auf das Gebiet der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland Spree. Die dort genannten Vorgaben beruhen auf Empfehlungen, die mit den dort vorhandenen räumlichen Bedingungen abgestimmt sind. Daher ist dieses Dokument für das Gebiet der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel nur bedingt anwendbar.</p> <p>Kenntnisnahme, auf die dargestellten Passagen wurde bereits weiter oben eingegangen.</p>	<p>Z</p> <p>K</p>
--	--	--	-------------------

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

	<p>6 Kyritzer Seenrinne/Mittleres Dosse-Jäglitztal (ca. 32.200 ha)</p> <p>Der Kulturlandschaftsraum "Kyritzer Seenrinne/mittleres Dosse-Jäglitztal" als Teil des "Nordwestbrandenburgischen Platten- und Hügellandes", der "Nordwestbrandenburgischen Sandflächen/Lehmplatten" sowie des "Luchlandes"</p> <ul style="list-style-type: none"> • schließt wesentliche Teile des Raumes mit wertvollen Landschaftsstrukturen "Kyritzer Seenrinne/Jäglitz-Dosseniederung" ein (kennzeichnend sind besonders wertvolle und markante Landschaftsstrukturen, wie die "Kyritzer Seenkette" mit den in landschaftsräumlicher Nähe parallel verlaufenden Flusstälern von Dosse und Jäglitz, zentrale Bereiche eines Gebietes mit hochwertigem Landschaftsbild gemäß LaPro, Bereiche mit hoher Dichte an Alleen und kleinteiligen Feldgehölzstrukturen) • verfügt mit Bantikow, Brunn, Gantikow, Ganz, Grabow, Herzsprung, Königsberg, Kyritz, Lohm, Neustadt, Plänitz, Wulkow, Wusterhausen, Wutike, Zernitz über eine hohe Dichte von Orten mit erlebbaren Bezügen zur Landschaft (wie durch Alleen in Verbindung mit Ort und Landschaft, durch die Vielzahl von historischen und denkmalgeschützten Landschaftsparkanlagen, wie mit dem größten Gartendenkmal in dem Kulturlandschaftsraum das "Landes- und Hauptgestüt Spiegelberg", in Ganz, in Tornow und durch die markanten Sichtbeziehungen von den Orten in die Landschaft) • beinhaltet insbesondere mit dem städtebaulichen Flächendenkmal und der denkmalgeschützten Stadtbefestigungsanlage von Kyritz und der denkmalgeschützten Stadtbefestigungsanlage von Wusterhausen über Orte mit besonders kulturhistorisch geprägten Siedlungsstrukturen • schließt den wertbestimmenden Bereich eines Raumes mit besonderer kulturhistorischer Prägung ein (charakteristisch ist insbesondere die hohe Ausstattung mit wahrnehmbaren und die Kulturlandschaft prägenden Baudenkmalen, wie durch Gutshausensemble in Bantikow, Grabow, Wulkow, Karnzow, Plänitz und weitere, die Gebäudeensemble der Neustädter Pferdezuchtanlagen, technischen Denkmalen, wie die Wassermühlen in Neustadt und Wusterhausen sowie Papierfabrik und -mühle Hohenofen, die Vielzahl verschiedenartiger in der Kulturlandschaft vorhandenen erlebbaren Bodendenkmale, wie Burgwälle, Hügelgräber und Landwehre, verfügt mit Wusterhausen über einen Ort mit bedeutender Stadtsilhouette und wertvollen Sichtbeziehungen aus der Kulturlandschaft auf die Stadt, es bestehen auf Wusterhausen vor allem aus östlicher und südlicher Rich- <p>Ich kritisiere in diesem Zusammenhang, dass die Formulierungen im Umweltbericht so gewählt sind, dass die unten genannten Punkte alle „problemlos“ sind. In jedem Absatz wiederholt sich das die Formulierung „Keine Festsetzungen“.</p> <p>Meines Erachtens liest sich das für einen Gemeindeverter beim „Überfliegen“ der Unterlagen so, als seien die Belange geprüft und alles sei in Ordnung. Der Umweltbericht hätte hier klarer formuliert sein müssen, dass es hier große Konflikte gibt und bereits mehrere Unvereinbarkeits-Stellungnahmen der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt sind!</p>	<p>Die vorliegende Stellungnahme wurde vom Verfasser zusammenfassend für mehrere sich derzeit in der Aufstellung befindende B-Pläne für PV-FFA sowie dazugehörige FNP-Änderungen formuliert. Die hier angebrachte Kritik an Formulierungen des Umweltberichts bezieht sich auf den Umweltbericht zum B-Plan "PV-Freiflächenanlage Bantikow-Ost", spiegelt sich jedoch nicht im Umweltbericht zur 12. FNP-Änderung wieder. Der Gemeinde war die Lage im Vorbehaltsgebiet, wie bereits zuvor erläutert, bewusst und sie hat eine Abwägung vorgenommen zwischen den Belangen der Regionalplanung, den Belangen der Gemeinde und dem überragenden nationalen Interesse, welches sich aus dem EEG 2023 ableitet.</p>	<p>Z</p>
--	---	---	----------

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

	<p>1.3 Planerische Grundlagen</p> <p>Landesplanung / Raumordnung</p> <p>Die Vorhabensfläche liegt nach §35 BauGB im Außenbereich. Gemäß der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) grenzt südöstlich an den Teilgeltungsbereich Ost ein Freiraumverbund an (Z 6.2 LEP HR). Eine Überplanung von Flächen des Freiraumverbunds findet nicht statt.</p> <p>Das Untersuchungsgebiet liegt im Geltungsbereich des Regionalplans Prignitz – Oberhavel, es liegen unterschiedliche Teil-Regionalpläne vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> Sachlicher Teilregionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte (2020): keine Festlegungen für die Vorhabensfläche <p style="text-align: center;">6</p> <hr/> <p style="text-align: center;">Umweltbericht zur Frühzeitigen Beteiligung</p> <ul style="list-style-type: none"> Sachlicher Teilregionalplan Freiraum und Windenergie (2019): Vorbehaltsgebiet „Historisch bedeutsame Kulturlandschaft“; keine Festsetzungen zur Windenergie für die Vorhabensfläche Sachlicher Teilregionalplan Rohstoffsicherung: keine Festlegungen für die Vorhabensfläche Der Regionalplan ist nicht rechtskräftig. <p>Landschaftsrahmenplanung</p> <p>Im Landschaftsrahmenplan des Landkreises OPR (LANDKREIS OPR 2009, Karten 1 und 2) werden für das Plangebiet folgende Entwicklungsziele benannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> Schutz erosionsempfindlicher Böden (SO 2 – 8) Erhalt und ggf. Aufwertung / Sanierung von Kleingewässern durch Schutz vor Nährstoffeinträgen, ggf. Entschlammung, Gewährleistung ursprünglicher Wasserstände, Sicherung als Amphibienreproduktionshabitats durch Verzicht auf Fischbesatz (SO 4, 7, 11 - 12). <p>Ich kritisiere zudem, dass vermutlich keinem Ausschussmitglied und Gemeindevertreter eine Übersichtsgrafik / Karte vorgelegt wurde, in der der Schutzbereich „Kulturhistorisch bedeutsame Landschaft“ als Schraffur sichtbar eingeblendet war und die Problematik auch für den Laien frühzeitig erkennbar gewesen wäre.</p> <p>Fraglich ist, ob die Abstimmungen in den Ausschüssen ähnlich verliefen wären. Das ggf. bewusste Weglassen von vorliegenden Informationen verfälscht den Meinungsbildungsprozess.</p>	<p>Würden den Ausschussmitgliedern/Gemeindevertretern alle zur Verfügung stehenden Planwerke vorgelegt, würde dieses erheblich den Rahmen an Planungsunterlagen sprengen und letztendlich eher zu einer weniger gründlichen Auseinandersetzung mit der Planung führen. Die Begründung zur FNP-Änderung listet in Kapitel 2.2 kurz und prägnant die verfügbaren Planwerke der Regionalplanung auf und beschreibt, inwieweit diese durch die Planung berührt werden. Der Hinweis auf die Lage im Vorbehaltsgebiet "Historisch bedeutsame Kulturlandschaften" war somit herauslesbar. Im Übrigen sollte zumindest von den Gremienmitgliedern, die auch über eine Entscheidungsfunktion verfügen, zu erwarten sein, dass sie die ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen gründlich lesen.</p>	<p>Z</p>
--	--	---	----------

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

	<p>KRITIK 2</p> <p>Die gleichzeitige Anschieben von 5 Solarpark Vorhaben widerspricht dem Leitfaden der Gemeinde Wusterhausen in mehrfacher Hinsicht. Zitat Leitfaden Wusterhausen Seite 3:</p> <p>„Darüber hinaus befürwortet die Gemeinde den Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, wobei dies in Anbetracht noch unbekannter Auswirkungen solcher Gebiete auf das Mikro- und Gesamtklima sowie der fehlenden Infrastruktur beim Abtransport der erzeugten Energiemenge, schonend und langsam erfolgen soll.“</p> <p>Quelle: https://daten.verwaltungsportal.de/dateien/legalframework/4/8/7/0/4/221130_Leitfaden_final_nach_Beschluss_GV.pdf</p> <p>Erster Widerspruch – „Schonend und langsam“: Verwaltung und Gemeindevertreter haben alles andere als schonend und langsam gehandelt und gleich mehrere Solarkraftwerke durch ihre FNP-Änderungsbeschlüsse und Bebauungspläne aufs Gleis gesetzt. Es handelt sich um das Solarparkvorhaben Bantikow Ost mit rund 180 ha, den Solarpark Schönberg-Tramnitz-Wulkow Süd mit rund 78 ha sowie den Solarpark Brunn mit rund 45 ha innerhalb der geschützten „Historisch bedeutsamen Kulturlandschaft – Kyritzer Seenrinne / mittleres Dosse-Jäglitztal“. Hier ist gerade ein weiteres Gebiet in Bantikow durch die Gemeindevertreter im Rahmen einer Ortsbegehung begutachtet worden und außerhalb des geschützten Landschaftsraumes geht es weiter mit dem Solarpark Emilienhof mit rund 58 ha.</p> <p>Widerspruch – „Fehlende Infrastruktur“: Die Grafiken der Edis sprechen hier für sich:</p>	<p>Der Begriff „schonend und langsam“ ist kein hartes Kriterium im Kriterienkatalog der Gemeinde. Ein Kriterienkatalog ist kein Gesetz, sondern stellt eine Leitlinie dar. Von dieser Leitlinie können diejenigen, die diesen Leitfaden aufgestellt haben, in jeweiligen Einzelfällen abweichen. Mit der Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG 2023) sieht die Bundesrepublik Deutschland eine deutliche Beschleunigung der Energiewende hin zu erneuerbaren Energieträgern vor.</p> <p>Dabei ist die Gemeinde der Auffassung, dass die mittlerweile sogar über 250 m hohen Windenergieanlagen sich für das Landschaftsbild und die örtliche Lebensqualität deutlich negativer auswirken, als die oft aus der Entfernung auf den flachen Landbereichen kaum sichtbaren PV-Freiflächenanlagen. Während solche PV-Freiflächenanlagen in vielen Bereichen durch entsprechende randseitige Gehölzanzpflanzungen abgeschirmt werden können, haben selbst hohe Baumpflanzungen bei Windenergieanlagen nicht diese Wirkung. Die Gemeinde hat daher das von der vormaligen Bundesregierung formulierte „hohe öffentliche Interesse“ an dem Ausbau der Energiegewinnung durch Solaranlagen akzeptiert und somit einem zügigen Ausbau von PV-Freiflächenanlagen zugestimmt.</p> <p>Die zurzeit laufenden Verfahren, die zwar parallel verlaufen, aber aufgrund verschiedener Abstimmungsprozesse zu unterschiedlichen Zeitpunkten zur Rechtskraft geführt werden, sollen möglichst zügig durchgeführt werden. Durch den erheblichen Planungsprozess und dem bürokratischen Aufwand werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die PV-Freiflächenanlagen zeitlich unabhängig voneinander gebaut. Somit erfolgt alleine schon aufgrund der genannten Faktoren der Bau der Anlagen „Schonend und Langsam“.</p> <p>Der Gemeinde ist bewusst, dass es aktuell noch ein Problem darstellt, die gesamte in Wusterhausen/Dosse aus Sonnenenergie gewonnene Energie kontinuierlich zu den Standorten, wo diese Energie benötigt wird, abzutransportieren, weil der Ausbau der Transportnetze -wofür nicht die Gemeinde zuständig ist- in der Vergangenheit nicht ausreichend schnell vorangetrieben wurde. Daher bemüht sich die Gemeinde darum, die Vorhabenträger dazu anzuregen, neben den PV-Freiflächenmodulen auch Speicherelemente zu planen und zu bauen, in denen die in bestimmten Zeiten nicht abnehmbare Energie gespeichert werden kann, um sie zu anderen Zeiten dann ins Netz einzuspeisen.</p>	<p>Z</p> <p>H</p>
--	---	---	-------------------

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.__.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

	<p>Aufwendungen für EEG-Abregelungen 40 Mio. € für Brandenburg in 2021</p> <ul style="list-style-type: none"> Keine Aufwendungen Sehr geringe Aufwendungen Geringe Aufwendungen Mäßige Aufwendungen Signifikante Aufwendungen Massive Aufwendungen <p>EEG-Entwicklung in der Region Prignitz-Oberhavel*</p> <p>In vielen Regionen übersteigt die Leistung an EE-Anlagen bereits heute die ursprünglich für das Netz auslegungsrelevante maximale Verbrauchslast um den Faktor 10 und mehr.</p> <p>2020</p> <p>Verhältnis von Leistung an EE-Anlagen und max. Verbrauchslast</p> <ul style="list-style-type: none"> < 0,25 0,25 – 1 1 – 10 10 – 100 > 100 Keine Lastangabe <p>EE-Hot Spot Uckermark</p> <p>EE-Hot Spot Prignitz</p> <p><small>*) Datenlage gemäß einer Berücksichtigung geplanter/geschätzter/aktueller Bestandteile.</small></p>	<p>Zudem kann aufgrund der spätestens seit der Ausrufung der beschleunigten Energiewende im Jahr 2022 und sich stetig verändernder Marktsituationen mit dem Ausbau der Regenerativen Energien nicht gewartet werden, bis die Netzinfrastruktur vollends bereitsteht. Und die Netzbetreiber planen den Netzausbau auch anhand des Bedarfs und weniger "auf Vorrat". Es macht deshalb Sinn, bereits jetzt die Anlagen für Regenerative Energien zu planen und zu errichten, womit zumindest im regionalen Bereich die Netzinfrastruktur meist auch schon mitgebaut wird. Dies führt momentan noch zu Engpässen im überregionalen Stromnetz, sobald dieses aber ausgebaut ist, steht mit den bereits gebauten und regional erschlossenen Energieanlagen sogleich eine solide Energieinfrastruktur zur Verfügung.</p> <p>Für die vorbereitende Bauleitplanung hat der derzeitige Stand beim Netzausbau aber ohnehin keine unmittelbare Relevanz.</p>	
<p>KRITIK 3 ANWENDUNG DES LEITFADENS BEI BANTIKOW OST</p>		<p>Betrifft nicht die Planung zur 12. FNP-Änderung.</p>	<p>Z</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

	<p>Bantikow Ost widerspricht klar dem Punkt Nr. II.1 des Leitfadens „Kein Bau in Schutzgebieten“: hier historisch bedeutsame Landschaften</p> <p>Geht man nun davon aus, dass der geschützte Landschaftsraum übersehen wurde, hätte er bei Punkt II.4 sogar noch einen 200m Abstand bewirkt.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px; margin: 10px 0;"> <h3 style="text-align: center;">II. Kriterien-/Anforderungskatalog</h3> <p>Der Kriterien-/Anforderungskatalog dient der grundsätzlichen Orientierung. Einzelne Punkte können im Rahmen der Entscheidungsfindung zu vorgelegten Einzelprojekten im Sinne von begründeten und sinnvollen Einzelfallentscheidungen - nach Antrag - durch die Gemeindevertretung angepasst werden.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 5%;">Nr.</th> <th style="width: 35%;">Kriterien/Anforderungen</th> <th style="width: 10%;">Ausschluss</th> <th style="width: 10%;">Abwägung</th> <th style="width: 10%;">Zustimmung</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>II.1</td> <td>Kein Bau in Gebieten mit Schutzstatus z.B.: Natur-/Landschaft-/Wasser-/Gewässerschutz, Bau- und Bodendenkmale, Freiraumfestlegungen, bedeutsame Kulturlandschaften</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> </tr> <tr> <td>II.2</td> <td>Kein Bau im Waldgebiet / Wildeinstandsflächen</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> </tr> <tr> <td>II.3</td> <td>Kein Bau in ökologisch wertvoller Landschaftsstruktur</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> </tr> <tr> <td>II.4</td> <td>Kein Bau in Gewerbegebieten</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> </tr> <tr> <td>II.5</td> <td>Ein Mindestabstand zu Flächen nach Punkt II.1 -II.2 von mind. 200m wird eingehalten; die Abstandsflächen werden als nichtproduktive Fläche ausgewiesen</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> </tr> </tbody> </table> </div> <p>Quelle Leitfaden Wusterhausen: http://daten.verwaltungsportal.de/dateien/legalframework/4/8/7/0/4/221130_Leitfaden_final_nach_Beschluss_GV.pdf</p> <p>Die folgende Grafik war Grundlage des Beschlusses der Gemeindevertreter und es stellt sich die Frage, ob die Vertreter ausreichend informiert wurden. Es gab wie bereits ausgeführt zu diesem Zeitpunkt mehr als deutliche Unvereinbarkeits-Stellungnahmen der Regionalen Planungsgemeinschaft bei dem Projekt Tramnitz Schönbeck Wulkow (ebenfalls im Schutzgebiet 6) sowie Bantikow Ost. Hier wurden bereits FF-PVA -Vorhaben in diesen geschützten Bereichen bereits ab 10ha für zu „raumbedeutsam“ und „UNVEREINBAR“ definiert.</p>	Nr.	Kriterien/Anforderungen	Ausschluss	Abwägung	Zustimmung	II.1	Kein Bau in Gebieten mit Schutzstatus z.B.: Natur-/Landschaft-/Wasser-/Gewässerschutz, Bau- und Bodendenkmale, Freiraumfestlegungen, bedeutsame Kulturlandschaften	☐	☐	☐	II.2	Kein Bau im Waldgebiet / Wildeinstandsflächen	☐	☐	☐	II.3	Kein Bau in ökologisch wertvoller Landschaftsstruktur	☐	☐	☐	II.4	Kein Bau in Gewerbegebieten	☐	☐	☐	II.5	Ein Mindestabstand zu Flächen nach Punkt II.1 -II.2 von mind. 200m wird eingehalten; die Abstandsflächen werden als nichtproduktive Fläche ausgewiesen	☐	☐	☐	<p>Abwägung hierzu siehe oben.</p>	<p>Z</p>
Nr.	Kriterien/Anforderungen	Ausschluss	Abwägung	Zustimmung																													
II.1	Kein Bau in Gebieten mit Schutzstatus z.B.: Natur-/Landschaft-/Wasser-/Gewässerschutz, Bau- und Bodendenkmale, Freiraumfestlegungen, bedeutsame Kulturlandschaften	☐	☐	☐																													
II.2	Kein Bau im Waldgebiet / Wildeinstandsflächen	☐	☐	☐																													
II.3	Kein Bau in ökologisch wertvoller Landschaftsstruktur	☐	☐	☐																													
II.4	Kein Bau in Gewerbegebieten	☐	☐	☐																													
II.5	Ein Mindestabstand zu Flächen nach Punkt II.1 -II.2 von mind. 200m wird eingehalten; die Abstandsflächen werden als nichtproduktive Fläche ausgewiesen	☐	☐	☐																													

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

	<p>Ich bitte um Überprüfung</p> <div style="border: 1px solid #ccc; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p style="color: #4F81BD; font-weight: bold;">Solarpark Bantikow Anforderungen aus dem Leitfaden der Gemeinde</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr style="background-color: #f2f2f2;"> <th>#</th> <th>Vorgabe aus dem Leitfaden</th> <th>Zustimmung</th> <th>Abwägung</th> <th>Ausschluss</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>II.1 –</td> <td>Kein Bau in Gebieten mit Schutzstatus, im Waldgebiet / Wildeinstandsflächen,</td> <td style="text-align: center;">●</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>II.4</td> <td>in ökologisch wertvoller Landschaftsstruktur, in Gewerbegebieten</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>II.5</td> <td>mind. 200 m Abstand zu Flächen nach II. 1 und II. 2</td> <td></td> <td style="text-align: center;">●</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> </div>	#	Vorgabe aus dem Leitfaden	Zustimmung	Abwägung	Ausschluss	II.1 –	Kein Bau in Gebieten mit Schutzstatus, im Waldgebiet / Wildeinstandsflächen,	●			II.4	in ökologisch wertvoller Landschaftsstruktur, in Gewerbegebieten				II.5	mind. 200 m Abstand zu Flächen nach II. 1 und II. 2		●			
#	Vorgabe aus dem Leitfaden	Zustimmung	Abwägung	Ausschluss																			
II.1 –	Kein Bau in Gebieten mit Schutzstatus, im Waldgebiet / Wildeinstandsflächen,	●																					
II.4	in ökologisch wertvoller Landschaftsstruktur, in Gewerbegebieten																						
II.5	mind. 200 m Abstand zu Flächen nach II. 1 und II. 2		●																				
	<p>KRITIK 4 ANWENDUNG DES LEITFADENS BEI BRUNN Im Falle von Solarparkvorhaben BRUNN suggerieren die grünen Haken aus meiner Sicht einem Gemeindevertreter, dass alle Kriterien bei dem Vorhaben eingehalten wurden. Das ist selbstverständlich auch hier nicht richtig!</p> <p style="text-align: center; font-weight: bold; font-size: 1.2em;">II. Kriterien-/Anforderungskatalog</p> <p style="font-size: 0.9em;">Der Kriterien-/Anforderungskatalog dient der grundsätzlichen Orientierung. Einzelne Punkte können im Rahmen der Entscheidungsfindung zu vorgelegten Einzelprojekten im Sinne von begründeten und sinnvollen Einzelfallentscheidungen - nach Antrag - durch die Gemeindevertretung angepasst werden.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; font-size: 0.8em;"> <thead> <tr> <th style="width: 5%;">Nr.</th> <th style="width: 35%;">Kriterien/Anforderungen</th> <th style="width: 10%;">Ausschluss</th> <th style="width: 10%;">Abwägung</th> <th style="width: 10%;">Zustimmung</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>II.1</td> <td>Kein Bau in Gebieten mit Schutzstatus z.B.: Natur-/Landschaft-/Wasser-/Gewässerschutz, Bau- und Bodendenkmale, Freiraumfestlegungen, bedeutsame Kulturlandschaften</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☒</td> </tr> <tr> <td>II.2</td> <td>Kein Bau im Waldgebiet / Wildeinstandsflächen</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☒</td> </tr> <tr> <td>II.3</td> <td>Kein Bau in ökologisch wertvoller Landschaftsstruktur</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☐</td> <td style="text-align: center;">☒</td> </tr> </tbody> </table>	Nr.	Kriterien/Anforderungen	Ausschluss	Abwägung	Zustimmung	II.1	Kein Bau in Gebieten mit Schutzstatus z.B.: Natur-/Landschaft-/Wasser-/Gewässerschutz, Bau- und Bodendenkmale, Freiraumfestlegungen, bedeutsame Kulturlandschaften	☐	☐	☒	II.2	Kein Bau im Waldgebiet / Wildeinstandsflächen	☐	☐	☒	II.3	Kein Bau in ökologisch wertvoller Landschaftsstruktur	☐	☐	☒	<p>Die Gemeindevertreter sind sich über die Planungsprozesse sowie dem Aufbau und der Funktion des Kriterienkatalogs bewusst. Was den Gemeindevertretern scheinbar suggeriert wird, ist von außen betrachtet nicht einzuschätzen.</p>	Z
Nr.	Kriterien/Anforderungen	Ausschluss	Abwägung	Zustimmung																			
II.1	Kein Bau in Gebieten mit Schutzstatus z.B.: Natur-/Landschaft-/Wasser-/Gewässerschutz, Bau- und Bodendenkmale, Freiraumfestlegungen, bedeutsame Kulturlandschaften	☐	☐	☒																			
II.2	Kein Bau im Waldgebiet / Wildeinstandsflächen	☐	☐	☒																			
II.3	Kein Bau in ökologisch wertvoller Landschaftsstruktur	☐	☐	☒																			
	<p>KRITIK 5 LANDSCHAFT VOLLGESTELLT MIT ZÄUNEN Immer wieder wird bei Vorhaben dieser Art suggeriert, dass die Klimaretenden „Sonnenparks“ nur mit Hecken als Sicht- und Sicherheitsschutz auskommen sollen. Schaut man sich dann fortgeschrittenere Planungen an, sieht man in den Planunterlagen einen vollständig umschließenden „Sicherheitszaun mit Übersteigschutz“. Richtig deutlich kann man diesen in den Plänen meist nicht sehen, erst wenn man stark reinzoomt. Auch</p>	<p>Der Einwand betrifft nicht die Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung. Es wird auf die Auseinandersetzung mit dem Einwand innerhalb der Zwischenabwägung im B-Planverfahren verwiesen.</p>	K																				

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

	<p>die mir vorliegenden Pläne nebst Legenden lassen textlich und kartographisch keinen Zaun erkennen. Auf Rückfrage erhielt ich vom Planungsbüro Plankontor die Aussage, dass allein beim Vorhaben Bantikow Ost mit 19,972 Kilometern Zaun zu rechnen ist.</p>						
	<p>Kritik 6 Hier setzt die nächste Kritik an. Tatsächlich sehen sich die Ersteller der Planungen und Umweltberichte nach erfolgter Kritik dazu in der Lage solche gigantischen Vorhaben in kleinere Pakete aufzuteilen, grün einzupacken und dann von „kleinteiligen“ Planungen zu sprechen die völlig unbedenklich seien.</p> <table border="1" data-bbox="394 651 1173 687"> <thead> <tr> <th data-bbox="394 651 781 687">Stellungnahme</th> <th data-bbox="781 651 1173 687">Berücksichtigung / Beschlussempfehlung</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="394 687 781 1230"> <p>Der vorliegende Bebauungsplan hat die Änderung der Flächendarstellung der drei Plangebiete der in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne im Flächennutzungsplan der Gemeinde als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Solar/Photovoltaik“ zum Inhalt. Die drei Änderungsflächen waren bisher im FNP als Fläche für Landwirtschaft dargestellt. Mit der Änderung des Flächennutzungsplans soll das Erfordernis gemäß § 8 Absatz 2 BauGB erfüllt werden, dass Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind.</p> <p>Die Änderungsflächen entsprechen den Geltungsbereichen der in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne der Gemeinde Wusterhausen/Dosse, die in separat einzureichenden regionalplanerischen Stellungnahmen als nicht vereinbar mit Belangen der Regionalplanung festgestellt wurden. Der Hauptgrund dafür ist die Lage der raumbedeutsamen baulichen Anlagen innerhalb des Vorbehaltsgebietes Nr. 6 „Kyritzer Seenrinne - Mittleres Dosse-Jäglitztal“ (vgl. Festlegungskarte ReP FW). Vor diesem Hintergrund ist die geplante Änderung des Flächennutzungsplans mit Erfordernissen der Regionalplanung nicht vereinbar.</p> <p>Hinweise! Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p> </td> <td data-bbox="781 687 1173 1230"> <p>Bei dem Vorbehaltsgebiet Nr. 6 „Kyritzer Seenrinne – Mittleres Dosse-Jäglitztal handelt es sich gemäß dem Regionalplan Prignitz-Oberhavel Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ um eine historisch bedeutsame Kulturlandschaft. Durch die Festsetzung von SPE-Flächen als Randeingrünung sind die Photovoltaik-Module sowie die technischen Anlagen in den Änderungsflächen außerhalb des jeweiligen Geltungsbereiches nicht zu erkennen, wodurch das Landschaftsbild und somit die Kulturlandschaft nicht negativ beeinflusst wird. Zudem sind die Änderungsflächen auch teilweise von Waldflächen umgeben. Da der Bau von PV-Freiflächenanlagen zur Bewältigung der Energiekrise sowie zur Abkehr von fossilen klimaschädlichen Energieerzeugnissen benötigt wird, ist die Durchführung diese Art von Vorhaben momentan im überragenden öffentlichen Interesse.</p> <p>Frage: Wer hat diese Abwägung formuliert? Plankontor Neuruppin? Büro Knoblich? Gemeinde Wusterhausen?</p> </td> </tr> </tbody> </table> <p>Wer denkt sich solche Abwägungen aus?</p> <p>Ich möchte allen Verantwortlichen (Gemeindevertreter, Verwaltung, Plankontor, Umweltbericht-Ersteller, Vorhabenträger) in diesem Prozess raten, sich zu einem Spaziergang zu verabreden entlang von 20 Kilometern Zaun, um sich dann einen Eindruck von 200 EM-Fußballfeldern voller PV-Module zu verschaffen (Und dies sind nur die Dimensionen des Projektes Bantikow Ost).</p>	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	<p>Der vorliegende Bebauungsplan hat die Änderung der Flächendarstellung der drei Plangebiete der in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne im Flächennutzungsplan der Gemeinde als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Solar/Photovoltaik“ zum Inhalt. Die drei Änderungsflächen waren bisher im FNP als Fläche für Landwirtschaft dargestellt. Mit der Änderung des Flächennutzungsplans soll das Erfordernis gemäß § 8 Absatz 2 BauGB erfüllt werden, dass Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind.</p> <p>Die Änderungsflächen entsprechen den Geltungsbereichen der in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne der Gemeinde Wusterhausen/Dosse, die in separat einzureichenden regionalplanerischen Stellungnahmen als nicht vereinbar mit Belangen der Regionalplanung festgestellt wurden. Der Hauptgrund dafür ist die Lage der raumbedeutsamen baulichen Anlagen innerhalb des Vorbehaltsgebietes Nr. 6 „Kyritzer Seenrinne - Mittleres Dosse-Jäglitztal“ (vgl. Festlegungskarte ReP FW). Vor diesem Hintergrund ist die geplante Änderung des Flächennutzungsplans mit Erfordernissen der Regionalplanung nicht vereinbar.</p> <p>Hinweise! Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p>	<p>Bei dem Vorbehaltsgebiet Nr. 6 „Kyritzer Seenrinne – Mittleres Dosse-Jäglitztal handelt es sich gemäß dem Regionalplan Prignitz-Oberhavel Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ um eine historisch bedeutsame Kulturlandschaft. Durch die Festsetzung von SPE-Flächen als Randeingrünung sind die Photovoltaik-Module sowie die technischen Anlagen in den Änderungsflächen außerhalb des jeweiligen Geltungsbereiches nicht zu erkennen, wodurch das Landschaftsbild und somit die Kulturlandschaft nicht negativ beeinflusst wird. Zudem sind die Änderungsflächen auch teilweise von Waldflächen umgeben. Da der Bau von PV-Freiflächenanlagen zur Bewältigung der Energiekrise sowie zur Abkehr von fossilen klimaschädlichen Energieerzeugnissen benötigt wird, ist die Durchführung diese Art von Vorhaben momentan im überragenden öffentlichen Interesse.</p> <p>Frage: Wer hat diese Abwägung formuliert? Plankontor Neuruppin? Büro Knoblich? Gemeinde Wusterhausen?</p>	<p>Der Kritikpunkt bezieht sich ebenfalls vor allem auf den Solarpark Bantikow-Ost und trifft auf den Solarpark Brunn und die gegenständliche 12. FNP-Änderung nur bedingt zu. Durch die vielen Grünflächen (Wildkorridore) und SPE-Flächen, sowie die eingelagerten Waldflächen, sowohl innerhalb der Geltungsbereiche als auch an die Plangebiete angrenzend, entstehen aber in der Tat aufgelockerte, kleinteilige Strukturen. Ähnlich dimensionierte Solarparks konzentrieren sich nicht selten auf nur eine oder wenige, dann aber deutlich größere zusammenhängende PV-Flächen (z.B. der Solarpark Weesow-Wilmersdorf bei Werneuchen, Landkreis Barnim). Die großzügige Durchgrünung der Plangebiete in Wusterhausen ist auch schon von Beginn der Planungen an ein wesentlicher Planungsbestandteil.</p>	<p>Z</p>
Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung						
<p>Der vorliegende Bebauungsplan hat die Änderung der Flächendarstellung der drei Plangebiete der in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne im Flächennutzungsplan der Gemeinde als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Solar/Photovoltaik“ zum Inhalt. Die drei Änderungsflächen waren bisher im FNP als Fläche für Landwirtschaft dargestellt. Mit der Änderung des Flächennutzungsplans soll das Erfordernis gemäß § 8 Absatz 2 BauGB erfüllt werden, dass Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind.</p> <p>Die Änderungsflächen entsprechen den Geltungsbereichen der in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne der Gemeinde Wusterhausen/Dosse, die in separat einzureichenden regionalplanerischen Stellungnahmen als nicht vereinbar mit Belangen der Regionalplanung festgestellt wurden. Der Hauptgrund dafür ist die Lage der raumbedeutsamen baulichen Anlagen innerhalb des Vorbehaltsgebietes Nr. 6 „Kyritzer Seenrinne - Mittleres Dosse-Jäglitztal“ (vgl. Festlegungskarte ReP FW). Vor diesem Hintergrund ist die geplante Änderung des Flächennutzungsplans mit Erfordernissen der Regionalplanung nicht vereinbar.</p> <p>Hinweise! Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p>	<p>Bei dem Vorbehaltsgebiet Nr. 6 „Kyritzer Seenrinne – Mittleres Dosse-Jäglitztal handelt es sich gemäß dem Regionalplan Prignitz-Oberhavel Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ um eine historisch bedeutsame Kulturlandschaft. Durch die Festsetzung von SPE-Flächen als Randeingrünung sind die Photovoltaik-Module sowie die technischen Anlagen in den Änderungsflächen außerhalb des jeweiligen Geltungsbereiches nicht zu erkennen, wodurch das Landschaftsbild und somit die Kulturlandschaft nicht negativ beeinflusst wird. Zudem sind die Änderungsflächen auch teilweise von Waldflächen umgeben. Da der Bau von PV-Freiflächenanlagen zur Bewältigung der Energiekrise sowie zur Abkehr von fossilen klimaschädlichen Energieerzeugnissen benötigt wird, ist die Durchführung diese Art von Vorhaben momentan im überragenden öffentlichen Interesse.</p> <p>Frage: Wer hat diese Abwägung formuliert? Plankontor Neuruppin? Büro Knoblich? Gemeinde Wusterhausen?</p>						

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.__.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

	<p>Man darf gespannt sein, wer dann noch Formulierungen wie „KLEINTEILIG“ und „Landschaftsbild und Kulturlandschaft werden nicht negativ beeinflusst“ verwenden möchte.</p>		
	<p>FAZIT – Ein Widerspruch in sich selbst Die Grünen fordern einerseits den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren, sie fordern aber gleichzeitig auch kleinteiligere innovative Landwirtschaftsformen, die sich höheren Standards im Umgang mit Tier und Boden verpflichten. Mehr Bio, Demeter, einen pfleglicheren Umgang mit Böden und Wasser etc. Leider ist stark davon auszugehen, dass demjenigen Landeigentümer, dem solche gigantischen Freiflächen-PV Coups gelingen, für die nächsten Jahrzehnte die Portokasse derart gefüllt haben dürfte, dass jedes Flurstück, das künftig auf den Markt kommt, zu utopischen Preisen erworben wird. Ich kann da keine Perspektive für eine kleinteiligere Landwirtschaft erkennen.</p> <p>Häufig genug gehören diese Flächen Personen oder Gesellschaften, die kurz nach der Wende den Osten aufgekauft haben. Diese bekommen nun PV-Pachten von 4000 Euro pro Jahr und Hektar, und dies für die nächsten 20-30 Jahre. Viele haben den Hektar damals für unter 4000 Euro erworben. Das führt natürlich zu Verwerfungen und großen Neiddebatten.</p> <p>Sehr geehrte Gemeindevertreter,</p> <p>bitte nehmen Sie meine Kritik ernst und stoppen Sie diese Vorhaben. Wusterhausen ist gesegnet mit einer wunderbaren Landschaft. Verscherbeln Sie sie nicht erneut!</p>	<p>Die persönliche Kritik an den Aussagen einer politischen Partei ist keine sachgerechte Stellungnahme zu einem Bauleitplanungsverfahren einer Gemeinde. Auch die Unterstellung, PV-Freiflächenanlagen würden häufig auf den Flächen von "Personen oder Gesellschaften, die kurz nach der Wende den Osten aufgekauft haben" gebaut, ist nicht ohne Weiteres belegbar und trägt zu der hier zitierten Neiddebatte bei. Es stellt keine sachgerechte und sachliche Abwägung dar, wenn man den Landverpächtern in Wusterhausen/Dosse unterstellt, sie seien aus dem Westen eingewanderte „Einigungsgewinner“, die nun nochmals ordentlich Gewinn nur für sich abschöpfen wollen. In den meisten Fällen handelt es sich um Betreiber, die aus ehemaligen LPG's hervorgegangen sind und nun als Genossenschaft oder GmbH arbeiten. Häufig sind es auch ortsansässige Alteigentümer, die ihre Flächen teilweise bei größeren Gesellschaftern zur langfristigen Betriebssicherung verpachten, womit die von Ortsansässigen besetzten Arbeitsplätze gesichert werden.</p> <p>Es profitieren nicht nur die Landverpächter von dem Bau einer PV-Freiflächenanlage, sondern durch den in Brandenburg eingeführten Solareuro (gemäß des Photovoltaik-Freiflächenanlagen-Abgabegesetzes (BbgPVAbgG)), der bei dem Solarpark Bantikow-Ost nach Inbetriebnahme der Anlage jährlich etwa € 250.000 beträgt, wird auch der Haushalt der Gemeinde stabilisiert und im Sinne des Gemeinwohls können dadurch Maßnahmen finanziert werden, die allen Einwohnern, aber auch den Besuchern der Gemeinde nützen. Eine Gemeinde wie Wusterhausen/Dosse, die aufgrund fehlender im Gemeindegebiet vorhandenen größeren Gewerbebetriebe keine entsprechenden Steuereinnahmen verbuchen kann, ist im Sinne eines langfristig konsolidierten Haushaltes auch auf derartige zusätzliche Einnahmen angewiesen.</p> <p>Der Ausbau von erneuerbaren Energien und Landwirtschaft sind kein Widerspruch, da nicht nur in der Gemeinde Wusterhausen/Dosse, sondern auch in Bezug auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland, die Gesamtgröße aller PV-Freiflächenanlagen in Relation zu anderen Nutzungen wie beispielsweise der Landwirtschaft einen vergleichsweise geringen Anteil</p>	<p>Z</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am __.25 zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 25.06.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 18.06.2024 bis zum 26.07.2024, geäußerten Stellungnahmen.

		aufweist.	
--	--	-----------	--

Fazit aus der Abwägung der Stellungnahmen aus den frühzeitigen Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):

Im Ergebnis des Zwischenabwägungsbeschlusses zur 12. FNP-Änderung Wusterhausen/Dosse wurde die Planzeichnung um ein festgestelltes, aber sich noch in der Bearbeitung befindliches Bodendenkmal in der Änderungsfläche 2 (Süd) sowie um Bodendenkmalvermutungsflächen in beiden Änderungsflächen nachrichtlich übernommen. Die Begründung und der Umweltbericht wurden um eine Auseinandersetzung mit dem Immissionsschutz ergänzt. Darüber hinaus erfolgte die Aufnahme von Hinweisen sowie redaktionelle Anpassungen.

Die Zwischenabwägungsbeschlussvorlage wurde auf der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 04.03.2025 beschlossen.

Stand: Mai 2025

gez. Philipp Schulz
Der Bürgermeister
Gemeinde Wusterhausen/Dosse

Zusammenstellung und Bearbeitung der Berücksichtigung der Stellungnahmen im Auftrag und in Abstimmung mit der Gemeinde Wusterhausen/Dosse:

Plankontor Stadt und Land GmbH

Am Born 6 B
22765 Hamburg

Karl-Marx-Straße 90/91
16816 Neuruppin

Dipl.-Ing. Jörg W. Lewin / M. A. Sean Bellenbaum / M. Sc. Marvin Lanbin